

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 20, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 P., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 14. Juli 1894.

Inserate die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 P. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Belzenstraße 12.

## Die österreichische Gewerbe-Inspektion.

Der jüngst erschienene Amtsbericht der österreichischen Gewerbe-Inspektion für das Jahr 1893 ist diesmal besonders bemerkenswert, da er der gehnten Bericht seit Bestehen der Gewerbe-Inspektion ist. Der zehnjährige Bestand dieser Institution hat auch den Zentralgewerbeinspektor Dr. Migerka in Wien veranlaßt, einen ausführlichen Rückblick auf die zehnjährige Thätigkeit der Gewerbeinspektion zu werfen.

Bevor auch wir darauf eingehen, möchten wir etwas vorausschicken, was in weiteren Kreisen noch unbekannt ist, daß nämlich das sonst in vielen Beziehungen rückständige Oesterreich der erste Staat ist, welcher die Fabrikinspektion schuf. Es war Kaiser Josef II., welcher 1772 für das Land unter der Enns, d. h. für Niederösterreich mit Wien, einen eigenen Beamten für die Aufsicht über die Fabriken anstellte. Die „L. L. Fabrikinspektion“ bestand aus einem Inspektor und zwei Kommissarien, wozu durch Hofdekret von 1810 noch das erforderliche Kanzlei-personal kam. Die Aufgabe dieser Fabrikinspektion war in der Hauptsache eine gewerbepolizeiliche; sie ging jedoch noch darüber hinaus, indem der Inspektor auch für die Steuerbehörde, sowie für die Zollbehörde „Späher“ sein und die dem „Arario“ gehörigen Werkzeuge und Maschinen und das darüber vorfindliche Inventarium besorgen und in Ordnung halten sollte. Eine weitere Aufgabe der Fabrikeninspektion war, die als Staatshilfe den Unternehmern gewährten staatlichen Darlehen genau zu buchen und die Ratenzahlungen in Erinnerung zu bringen.

Was die eigentliche Fabrikaufsicht betrifft, so beschäftigten sich damit verschiedene Hofverordnungen. In einer derselben heißt es kurz: „Die Fabrikinspektion hat auf die Beobachtung der Fabrikenordnungen zu sehen und über die Fabrikenpolizei zu wachen.“

„Zu befehlen, zu verbieten, zu rathen, einzuleiten, amtlich sich einzumengen, steht der Fabriken-Inspektion nie zu. Selbst über die gesetzliche Fabrikenpolizei hat sie nur zu wachen, die Uebertretungen aber nie selbst zu schlichten, sondern lediglich der Behörde zur Amtshandlung anzuzeigen.“

„Doch können Fabrikanten, welche auf ihre Vorforderung nicht erscheinen, von derselben hierzu durch die gewöhnlichen Zwangsmittel verhalten werden.“

„Die Fabrikeninspektion hat nur mit praktischen Kenntnissen zu thun, muß nur dasjenige genau wissen, erheben, einberichten, was wirklich ist, über jenes, was sein soll, hat sie gar keinen Wirkungskreis und höchstens nur ihre Bemerkungen über das erwünschte Bessere der Bundesstelle an die Hand zu geben.“

Und schließlich sei noch folgender Satz aus einer Verordnung von 1810 wiedergegeben: „Stetes Herumwandern in

den Werkstätten, genaue Kenntniß der praktischen Handgriffe, der Sprache, der Gewohnheiten, der Verhältnisse, der Verbindungen, des wirklichen Ganges des Fabrikzweiges, sind die wesentlichsten Pflichten der Fabrikinspektion, ohne welche sogleich ihre ganze Bestimmung verfehlt würde.“

Das vor 84 Jahren dem Fabrikinspektor als wesentlichste Pflicht auferlegte „stete Herumwandern in den Werkstätten“ ist es gerade, was der 1883 durch ein besonderes Gesetz geschaffen und seit 1. Februar 1884 thätigen „österreichische Fabrikinspektion“ fehlt. Die österreichische Fabrikinspektion ist leider zu einem bureaukratischen Mähdchen für alle andern Behörden geworden; die Verwaltungs- und Gerichtsbehörden, die Direktionen der Unfallversicherungsanstalten, die Genossenschaften, die Krankenkassen usw. verlangen von den Inspektoren so viele Untersuchungen, Berichte, Gutachten, Aussagen zc., daß sie ihre halbe Zeit mit Schreiben in den Bureauis verbringen müssen; dazu kommen die vielen „Lokalkommissionen“, der jede Thatkraft lähmende unfruchtbare Kampf gegen ein verkommenes, jedes Sinnes für Gesetz und Recht baaren Unternehmertums, die tausendfachen Interventionen zu Gunsten der von anarchisch-kapitalistischen Unternehmern in ihren Rechten verletzten und betrogenen Arbeitern und — last not least — die Parteinahme der Regierung für das geschlossene Unternehmergesindel und gegen die Fabrikinspektoren, die einfach gemahregelt werden, wenn sie mit Energie die Schändlichkeiten und Gesetzmäßigkeiten großer, einflußreicher Kapitalisten verfolgen und auf gründliche Abhilfe dringen.

Auf welche Weise sich die Thätigkeit der Fabrikinspektoren zersplittert, zeigt beispielsweise der Bericht des Wiener Gewerbeinspektors Kulka, dem noch zwei Assistenten zur Seite stehen. Diese drei Beamten nahmen im Jahre 1893 740 (1) Inspektionen in 710 Betrieben vor, beschäftigten sich an 802 Lokalmissionen, behandelten 11401 Schriftstücke und verkehrten mit 1300 Partien; in 11 Fällen wurden die Inspektionsbeamten als Sachverständige von Gerichtsbehörden zugezogen. Unter den 11401 Schriftstücken figuriren nicht weniger als 417 Gutachten, welche an das Handelsministerium, die Statthalterei, Gewerbebehörden I. Instanz, Gerichtsbehörden, Wiener Handels- und Gewerbekammer und an die Unfallversicherungsanstalt erstattet wurden. Wie nichts sagend und bedeutungslos in dem großen industriereichen Wiener Aufsichtsbezirke 740 Inspektionen sind, erhellt daraus, daß im Berichte für 1891 allein von 1006 Fabriken die Arbeitszeit mitgeteilt wird und die Zahl der Groß- und Kleinbetriebe — in Oesterreich untersteht auch das Kleingewerbe der Gewerbeinspektion — zusammen bereits 1879 48861 betrug; also etwa 50,000 Betriebe und 740 Inspektionen! Und ähnlich wie im Wiener Aufsichtsbezirke ist das Verhältnis der Zahl der Inspektionen

zur Zahl der aufsichtspflichtigen Betriebe in allen andern Aufsichtsbezirken. Und dabei hat die Zahl der Inspektionsbeamten noch eine fortwährende Vermehrung erfahren, freilich in einem sehr langsamen Tempo. Im Jahre 1884 wirkten in 9 Aufsichtsbezirken ebenso viele Inspektionsbeamte; gegenwärtig funktionieren in 16 Aufsichtsbezirken, im Schiffahrtsgewerbe und in den Wiener Verkehrsanlagen 40 Inspektionsbeamte.

Die Gesamtzahl der aufsichtspflichtigen Betriebe beträgt nach der amtlichen Betriebsstatistik von 1885 rund 350,000; Inspektionen fanden während der zehnjährigen Periode 49,188 statt; d. h. der sechste Teil sämtlicher Betriebe ist bisher einmal inspiziert worden. Thatsächlich ist aber die Zahl der inspizierten Betriebe viel kleiner, da zweifellos viele derselben im Laufe der zehn Jahre wiederholt revidirt worden sind. Das Arbeiterschutzesetz ist seit 1885 in Kraft; seine die Arbeiter schützenden Bestimmungen konnten völlig ungestört Jahre lang mit Füßen getreten werden, ein völlig recht- und gesetzloser Zustand in den Betrieben konnte fortbestehen ohne die geringste Bestrafung. In 300,000 Betrieben können aber nun nach neunjähriger Wirksamkeit des Gesetzes und nach zehnjährigem Bestand der Fabrikinspektion die Schutzvorschriften weiterhin, bis auf 60 Jahre hinaus, mißachtet werden. Bei 350,000 Betrieben wurden im Jahre 1893 von den 40 Inspektionsbeamten 7995 Revisionen ausgeführt, während die 8 schweizerischen Fabrikinspektoren bei 4753 Betrieben 5300 Revisionen vornahmen. Wollte man in Oesterreich den Arbeiterschutz so durchführen wie in der Schweiz, so müßte man statt der jetzigen 40 Aufsichtsbeamten deren 583 anstellen, welche überdies noch drei Viertel der jetzigen Schreibereien und andern Behörden obliegenden Aufgaben von sich abwerfen müßten; auf einen schweizerischen Inspektionsbeamten kommen im Durchschnitt 600, auf einen österreichischen durchschnittlich 8750 Betriebe!

An diesem Mißverhältnis sind jedoch die Aufsichtsbeamten selbst unschuldig. Was ihre Thätigkeit betrifft, so darf man sie im großen Ganzen als tüchtige anerkennen, namentlich wenn dabei beruflicher Weise lauter Techniker zu dem so wichtigen Amte berufen werden, das im gleichen Maße auch mit Aerzten und allseitig tüchtigen Arbeitern besetzt werden sollte.

Das Gefühl der absoluten Unzulänglichkeit der Gewerbeinspektion hat auch der Zentralgewerbeinspektor Dr. Migerka und er gibt demselben in folgender bedauerlicher Weise gegenüber dem Handelsminister Ausdruck: „Ich erfülle eine mir nur angenehme Pflicht, wenn ich mir erlaube, Euerer Excellenz die ehrfürchtvollste (!) Bitte zu unterbreiten, Euerer Excellenz wolle es hochgeneigtest gefallen, der ferneren Ausgestaltung der Gewerbe-

inspektion das wohlwollendste Augenmerk, den Trägern derselben aber das sie zu fernerer Thätigkeit anspornende Vertrauen, nach Maßgabe des Verdienstes, zuzuwenden.“ — Wie viel einfacher wendet sich doch der gläubige Christ mit seinem Anliegen an seinen Gott!

Wenn Vermehrung der Polizei und Gendarmarie — von Militär ganz abgesehen — für nothwendig befunden wird, da erfolgt massenhafte Neueinstellung der Funktionäre rasch und ohne erst bedot erhobene Bitte. Bei sozialpolitischen Funktionären aber ist das Verfahren der Polizei- und Militärstaaten ein anderes. —

In einem weiteren Artikel soll des Näheren auf den neuen Inspektionsbericht eingetreten werden.

## Die Pflege des Klassenbewußtseins durch die Gewerkschaftsbewegung.\*

I. Eigentlich heißt es Gulen nach Athen tragen, wenn man in einem Gewerkschaftsblatte noch über die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für die Pflege des Klassenbewußtseins spricht. Durch wiederholte Beschlüsse auf nationalen und internationalen Kongressen hat das internationale Proletariat deutlich genug dokumentirt, daß die Gewerkschaftsbewegung — gegenüber den Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereinen, aber auch gegenüber den alten englischen Trades-Unions — nur dann Existenzberechtigung hat, wenn sie auf dem Boden des Klassenkampfes steht. In diesem Sinne sprach sich der Brüsseler Kongreß dahin aus, daß „der Zweck der Gewerkschaften in der Vertheidigung und Erringung menschenwürdiger Löhne, in der Heruntersetzung der Arbeitszeit und vor Allem in der Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in eine solche der gerechten Vertheilung der Arbeitsprodukte sei.“ Aber nicht bloß bei einzelnen englischen Gewerkschaften ist ein Mangel an Klassenbewußtsein zu konstatiren, sondern leider auch bei einigen deutschen Gewerkschaften. Auch bei uns spielt der Zunftgeist, der Professionsdünkel nicht bloß bei unorganisirten Arbeitern, sondern auch in einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen noch eine Rolle, besonders in denjenigen Branchen, in denen die handwerksmäßig ausgebildeten Arbeiter noch überwiegen. Daher die eigenthümliche Erscheinung, daß einzelne Gewerkschaften die Pflege des Klassenbewußtseins in den Hintergrund schieben, dafür aber noch heute einen wüsten Ballast von geradezu utopistischen Zielen in ihren Statuten mitschleppen. Wir rechnen hierzu alle jene Einrichtungen, die reinen Unterstützungszwecken bei dauernder oder vorübergehender Ar-

\* Wir empfehlen diesen Artikel unseres geschätzten Mitarbeiters dem eingehenden Studium der Leser und stellen ihn zur Diskussion in unserem Blatte. Dabei verweisen wir zugleich auf den Leitartikel in Nr. 47, 1893, in welchem in Bezug auf das Unterstützungswesen der gegenseitige Standpunkt vertreten wird wie hier. D. Red.

beltlosigkeit, bei eintretender Invaldität oder bei Arbeitsunfähigkeit in Folge hohen Alters dienen. In gewissem Sinne zählen wir aber auch die Reifeunterstützungen und die Regelung des Herbergswesens zu den Thätigkeiten der Gewerkschaften, die eigentlich aus dem Rahmen ihrer Ausgabe herausfallen, wenn wir auch nicht verkennen, daß die Zusicherung momentaner Vorthelle für die Gewerkschaftsmitglieder dazu geeignet ist, die indifferenten Arbeiter für die Gewerkschaftsbewegung zu interessieren. Aber nicht desto weniger bekundet auch diese Thätigkeit, oder vielmehr das Schwergewicht, das ihr von vielen organisierten Arbeitern noch beigelegt wird, doch, daß von zahlreichen Arbeitern die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung mit geringer Klarheit betrachtet werden. Es dürfte deshalb nicht überflüssig sein, zunächst ganz kurz auf die Gefahren hinzuweisen, die daraus entstehen, daß Gewerkschaften und Fachvereine ihre Kräfte bei der Bethätigung solcher Aufgaben vergeuden, die für das Endziel der Gewerkschaftsbewegung völlig irrelevant sind, um dann auf dieses Endziel selbst näher einzugehen. Diese Auseinandersetzung scheint uns um so weniger überflüssig, da es auch in Deutschland noch einige Gewerkschaften gibt, die Eingeweihten werden wissen, welche wir meinen, die gerade in der Pflege utopischer Nebenziele ihre Hauptthätigkeit entfalten und sich von den „Gewerksvereinen“ nur dadurch unterscheiden, daß die Mitglieder dieser für den freisinnigen, die Mitglieder jener für den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme in die Wagtschale werfen.

Die Gewerkschaften als Versicherungsinstitut gegen Arbeitslosigkeit zu betrachten heißt, bei der gegenwärtigen Zuspitzung des Kapitalismus, geradezu die Existenz der Gewerkschaften auf Spiel setzen. Die Existenz der industriellen Reservearmee gehört nun einmal zu denjenigen Requiraten, ohne die der Kapitalismus nicht zu operieren vermag. Die sozialen Wirkungen der industriellen Reservearmee aber durch Arbeitslosenunterstützung paralysieren wollen, heißt das Pferd, das uns aus dem Sumpf des Kapitalismus herausziehen soll, beim Schwänze aufkäumen. Der Reservearmee gegenüber ist auch die mächtigste Gewerkschaft ohnmächtig, und ihre Existenz bedeutet den Bankrott jeder Gewerkschaft, die sich die vergebliche Mühe macht, durch Arbeitslosenunterstützungen diesen grundlosen Sumpf des Kapitalis-

mus auszupumpen. Eine einfache Betrachtung wird das anschaulich machen: Angenommen, sämtliche Industrie-Arbeiter seien organisiert und die Organisationen haben sich die Aufgabe gestellt, alle arbeitslosen Mitglieder zu unterstützen. Die Folge davon wird sein, daß die ganze Reservearmee der Arbeitslosen von den in Arbeit befindlichen Mitgliedern erhalten werden muß. Da die Arbeitslosenarmee aber einen sehr erheblichen Bruchteil aller Arbeiter ausmacht, so bedeutet die Unterstützung der Arbeitslosen nicht eine durchschnittliche Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter, sondern eine erhebliche Verschlechterung; denn so viel wie der Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtarbeiterkraft ausmacht, so viel müßte dann jeder Arbeiter von seinem Anteil an Unterstützung abgeben. Den Arbeitslosen würde allerdings nothdürftig geholfen werden, aber nur auf Kosten einer erheblichen Herabsetzung der Lebenshaltung der Arbeiter unter das Existenzminimum. Während unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur ein Theil der Arbeiter, nämlich die dauernd Arbeitslosen, würde dann die Gesamtmasse der Arbeiter in Folge ihrer verschlechterten Lebenshaltung rapid degenerieren müssen.

Wer aber in den reinen Unterstützungs-zwecken die Kampfaufgabe der Gewerkschaftsbewegung erblickt, hat das Wesen der Gewerkschaftsbewegung nicht begriffen. Wesentlich anders liegt es natürlich bei Arbeitslosenunterstützungen in Folge eines Streikes, worauf wir jedoch wohl nicht einzugehen brauchen. Nicht Verschlechterung, sondern Verbesserung der Klassenlage ist ihr Endziel, denn nur die besten, die geistig und körperlich kräftigsten Elemente vermögen die Klassenkämpfe der Gegenwart bis zu ihrer Entschelbung durchzuführen.

Je mehr aber die Arbeiter davon überzeugt werden, daß sie sich zwecklos aufreiben, wenn sie utopischen Idealen nachjagen, desto mehr werden sie darauf hingedrängt, positive Arbeit zu leisten, die im Stande ist, ihre Klassenlage zu heben. Und gerade unsere bestorganisierten Gewerkschaften haben bereits heute ihr Hauptaugenmerk auf die Thätigkeit politischer Arbeit der Sozialdemokratie in glücklicher Weise die Bestrebungen der Partei auf Hebung der Klassenlage der Arbeiter ergänzt: die Bohnkämpfe der Arbeiter zu organisieren, die Arbeitszeit auf ein gesetzlich fest-

gesetztes Maximalmaß zu fixieren und die Arbeitsvermittlung in ihre Hand zu nehmen.

In diesen drei Fragen, die gewissermaßen die Grundpfeiler der modernen Arbeiterbewegung ausmachen: Arbeitslohn, Arbeitszeit und Arbeitsvermittlung stoßen aber die Interessen der Unternehmer und der Arbeiter hart aufeinander, während bei allen anderen Fragen, wie Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle und Krankheit, die ja in einzelnen Ländern ganz den Gewerkschaften überlassen ist — in England, der Schweiz, zum Theil auch in Frankreich —, die Interessen der Unternehmer zum Theil mit den Interessen der Arbeiter parallel laufen. Beschränken sich die Gewerkschaften aber allein auf die drei Fragen: „Arbeitslohn, Arbeitszeit und Arbeitsvermittlung“, so wird bald ihren Mitgliedern jede Spur von Harmoniebusel aus dem Kopfe geschlagen, denn täglich, stündlich zeigt sich dann der Interessenkampf in seiner vollen Nacktheit. Nichts aber schweift die Menschen so innig zusammen als das Bewußtsein der gleichen Leiden, des gleichen Druckes, der Waffenbrüderschaft gegen diesen Druck; — wo sie thätig bereits eine Klasse bilden, die mit der Klasse der Besitzenden nichts mehr gemein hat, weder Anschauungen noch Empfindungen noch selbst die Sprache, fühlen sie sich dann auch als Glieder der unterdrückten Klasse, sie werden Klassenbewußte Proletarier. Die Solidarität der Arbeiter wird nicht bloß zur Pflicht, sie wird zur zwingenden Nothwendigkeit für Leben, der in seiner Florierung von der Wucht des Kapitals nicht zerhackt werden will. Mit der Erfüllung ihrer Hauptaufgaben fördert also schon indirekt, häufig sogar mehr instinktiv als bewußt, das Klassenbewußtsein des Proletariats, ohne das auch die politischen Klassenkämpfe nicht durchgeführt werden können. Diese Seite ihrer Thätigkeit charakterisiert F. A. Lange treffend, indem er von den englischen Trades-Unions, deren Bestrebungen er auf die Emanzipation der Arbeit hingERICHTET ERACHTET schreibt: „Sie wissen nicht, wie viel sie in ihrer eigenen sittlichen Kraft und damit in ihrer ganzen sozialpolitischen Stellung diesen Kämpfen verdanken; denn sie kämpfen nicht, um sich zu heben und sich geistig zu erheben, sondern, wie natürlich, um ihren Zweck zu erreichen. Gleichwohl gewinnen sie durch den Kampf selbst etwas

Wichtigeres als das nächste Ziel, nach welchem sie trachteten; und wenn sie es in England schon jetzt erreicht haben, daß sie bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern nicht als eine tiefer stehende Klasse, sondern als gleichberechtigte Menschen verhandelt werden, so haben sie dies vor Allem ihrer bewunderungswürdigen Haltung in den Bohnkämpfen zu verdanken. Unter diesem Gesichtspunkt konnte darum auch das kommunistische Manifest sehr wohl ausführen, „daß das eigentliche Resultat der Kämpfe der Arbeiter nicht der unmittelbare Erfolg sei, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Daß es bloß der Verbindung bedürfe, um die vielen Bohnkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu centralisieren, daß jeder Klassenkampf ein politischer Kampf sei“.

Aber die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung muß auch direkt darauf hingelen, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu pflegen. Gegenüber den zahlreichen Versuchen in der Gegenwart, die Klassengegensätze auszugleichen, wie sie von dem ethischen und dem christlichen Sozialismus unternommen werden — so ausichtslos diese Unternehmungen auch angesehen sind — vermögen gerade die Gewerkschaften durch mündliche und schriftliche Agitation ungleich mehr als die politische Partei das Klassenbewußtsein der indifferenten Arbeiter zu wecken.

Während die politische Partei zahlreiche persönliche Interessen, die sich in täglichen Leben häufig direkt widersprechen — man denke an die Kleinhandwerker und an die Industriearbeiter —, von einem erhöhten Gesichtspunkte aus mit einander versöhnen muß, eine Aufgabe, die bei dem geringen Abstraktionsvermögen der großen Massen ihre bedeutenden Schwierigkeiten hat, hat es jede Gewerkschaft mit einem Kreise von Personen zu thun, die schon durch die gewöhnliche Tagesarbeit zahlreiche Berührungspunkte miteinander haben, die sich deshalb auch gegenseitig leichter verständigen und größeres Vertrauen schenken.

Die gleiche oder wenigstens ähnliche Arbeit aller Arbeiter derselben Branche, ihre durchschnittlich ziemlich gleiche Lebenshaltung, ihr Zusammenarbeiten in derselben Werkstatt, die Ausbeutung durch denselben Unternehmer macht sie zu einer relativ homogenen Macht, auf die von einem einzigen Gesichtspunkte aus, von

**Anarchismus,**

seine Theorien und Geschichte.  
(Fortsetzung.)

Parsons hatte seine Frau und seine beiden Kinder im Alter von 5 und 7 Jahren mit in die Verhaftung genommen — ein Beweis, wie wenig dieser „Verschwörer“ an den Ausbruch der Unruhen dachte. — Die Anklage wollte Blut um Blut; sie wollte eine Verurtheilung um jeden Preis. Die Arbeiter sollen wie Ratten in ihre Höhlen zurückgejagt werden“, rief der Staatsanwalt Grinnell aus. Nebe wurde zu 15 Jahren Zuchthaus, die anderen 7 Angeklagten wurden von den Geschworenen zum Tode durch den Strang verurtheilt. Alle Bemühungen, den Gouverneur Ogelsby zu bewegen, allen Verurtheilten das Leben zu schenken, waren vergeblich. Petitionen mit hunderttausenden von Unterschriften erbaten das Leben der Verurtheilten. Im Namen der großen Mehrheit der deutschen Arbeiter richteten die sozialdemokratischen Abgeordneten Liebknecht, Brillenberger und Singer ein Telegramm an den Gouverneur und baten, obwohl Gegner der Anarchisten, im letzten Augenblick im Namen der Menschlichkeit um Schonung des Lebens der Verurtheilten. Vergeblich! Nur Fielden und Schwab wurden begnadigt — zu lebenslänglichem Kerker. Am Morgen des 10. November zerschmetterte sich Rings den Kopf mit einer Patrone, die er in den Mund nahm und an einer Perze anzündete. Schrecklich verblümt mußte er sich noch bis 2 1/2 Uhr Nachmittags quälen, ehe er starb. Am 11. November 1886 wurden Spitz, Fischer, Engel, Persons gehängt; sie harrten müde; wiederholt hatten sie versichert, daß

sie mit dem Bombenwerfen nichts zu thun hatten. Unter der Theilnahme des arbeitenden Volkes von Chicago wurden die vier Märtyrer der Arbeiterbewegung begraben und auf dem Kirchhof Waldheim beerdigt. — Nach dem Prozeß beschwor die Schwester des Anarchisten Miller, der mit angeklagt gewesen war, daß ihr Bruder von der Polizei zu seinen Aussagen verleitet worden sei, von dieser Geld erhalten hatte und schließlich mit noch 1000 Dollars nach Deutschland geschickt wurde, wobei er von dem Polizeikapitän den Auftrag erhielt, seinen Namen in Miller umzuändern; er wohnte seitdem in Hamburg unter dem Namen Miller. — Fielden, Schwab und Nebe blieben im Zuchthaus, die Kapitalistenpresse aller Länder benützte jede Gelegenheit, um auf die „Mörderbande“ zu schimpfen und das Bombenattentat als ein Verbrechen der Arbeiter hinzustellen. Da brachte der Telegraph am 25. Juni 1893 aus Chicago die Kunde: Heute, am Tage der Enthüllung eines Denkmals für die Hingerichteten auf dem Begräbnisplatz in Waldheim hat der jetzige Gouverneur des Staates Illinois, J. B. Altgeld, nach eingehendem Studium der Prozeßakten erklärt, der Prozeß sei eine abgekartete Sache der Kapitalisten gewesen, um die Arbeiterbewegung zu vereiteln, gegen die Hingerichteten sei ein Justizmord begangen. Fielden, Schwab und Nebe wurden durch den Gouverneur Altgeld sofort in Freiheit gesetzt, ha sie bei dem Bombenwurf nicht beihilft waren. — Wo ist, der schon vor dem Bombenattentat eine Anklage erhalten hatte, wurde 1886 in Newyork zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt. Neuerer benützte das Chicagoer Attentat, um in London zur Nachahmung aufzufordern. — Inzwischen waren

die Bodspigel sehr eifrig in Belgien thätig, 1887 kam es zum Prozeß zu Mons, bei dem nachgewiesen wurde, daß es ministeriell und politisch angelegte Bodspigel waren, welche sowohl mit Dynamitbomben als mit Brandbrennen und Verschwendungen den Staat gerettet hatten. Es zeigte sich, daß die Anwendung von Bodspigeln bereits zu einer internationalen Sinaatselrichtung geworden und die Aufreizung zu Gewaltthaten ein lohnender Erwerbseweig für eine ganze Anzahl Gruppen geworden war. Auf dem sozialdemokratischen Parteitage zu St. Gallen (2.-6. Oktober 1887) wurde über das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Anarchisten debattiert; dabei machte der sog. Abg. Biebrack als Berichterstatter folgende Ausführungen, deren vollkommene Richtigkeit durch die späteren Ereignisse bestätigt wurden: „Die Elemente, welche uns noch als „Anarchisten“ entgegneten, sind in drei Kategorien zu theilen: 1. Die Spigel und Agents provocateurs, die den Verhältnissen entsprechend sehr zahlreich sind, aber hier nicht in den Kreis der Betrachtung kommen. 2. Die Verbrecher. Menschen, die Raubmord und Brandstiftung begehen, sind gemeine Verbrecher, auch wenn sie ihren Verbrechen ein anarchisches Mantelchen umhängen. Daß gemeine Verbrecher sich als Träger einer höheren Idee aufspielen, ist nichts Neues, und daß in politisch erregten Zeiten herrschende Ideen auch auf Verbrecher einen Strahl werfen können, liegt in der Natur der Dinge. Der Mord, welcher die Beraubung eines Mitmenschen zum Zweck hat — eine Brandstiftung, durch die eine Feuerversicherungsgesellschaft betrogen werden soll — der Diebstahl und ähnliche Handlungen bleiben gemeine Verbrechen, und wenn noch so emphatisch behauptet wird, sie seien

im Dienst des „Anarchismus“ verübt. Allerdings erblickten wir Sozialisten auch in dem gemeinen Verbrecher ein Opfer der Gesellschaft, und machen wir diese für ihn verantwortlich. Das revolutionäre Volk hat dies stets begriffen und in den Tagen des Kampfes den Spigeln und Mördern das Handwerk energisch zu legen gewußt. Also auch diese Elemente kommen hier nicht in Betracht. Es bleiben 3. die Männer der sogenannten „Propaganda der That“, d. h. die Anhänger der Lehre, daß durch individuelle, vereinzelte Aktion, durch individuelle Anwendung der Gewalt; durch Attentate und Putsch eine Revolution gemacht, und die Befreiung der Menschheit bewerkstelligt werden könne. Die Bekenner der „Propaganda der That“ zerfallen in zwei Abtheilungen. Die Schwabreure und Maulrevolutionsäre — Sprachkranke, die ihre Feigheit und Schwäche hinter Kraftphrasen verdecken. Diese Menschenorte, welche im Jahre 1848 auf allen Bierbänken „Fürstenkreisel“ trieb, verspricht jetzt zur Abwechslung Bourgeois und rebet Dynamit. Sie ist sehr laut und an sich ganz harmlos, obgleich nicht verkannt werden darf, daß sie den Feinden der Arbeiterklasse die Herausforderung des „Nothen Gespenstes“ erleichtert. Ernsthaft in Betracht kommen für uns nur jene leidenschaftlichen Naturen, in denen das Gefühl erlittenen Unrechts alle andern Gefühle beherrscht und alle Rücksichten zurückdrängt — fanatische, kräftige, lähne Naturen, denen der revolutionäre Entwicklungspozess zu lange dauert, und die in ihrer Ungebild den Sieg des Proletariats beschleunigen wollen. Im Bewußtsein ihrer persönlichen Kraft glauben sie durch ihr persönliches Handeln, durch Anwendung von Gewalt die ersuchte Revolution herbeiführen zu können. Diese Anschauung ist psych-

Ihrem persönlichen Interesse, erfolgreich eingewirkt werden kann. Leicht können die Indifferenten darauf hingewiesen werden, daß die Arbeitskraft jedes Arbeiters eine Waare ist, die der Unternehmer wie jede andere Waare kauft ohne an dem Besitzer der Waare Arbeitskraft, dem Arbeiter das geringste persönliche Interesse zu nehmen; daß die Waare Arbeitskraft demselben Waarengesetz in Bezug auf Angebot und Nachfrage unterworfen ist, wie alle anderen Waaren, daß die Arbeiter es aber in der Hand haben, ihre Arbeitskraft so theuer wie möglich zu verkaufen, indem sie sich weder Lohnabzüge noch die Verlängerung der Arbeitszeit gefallen lassen; daß sie aber, um dies zu können, auch die nötige Macht in den Händen haben müssen und diese nur in der Vereinigung aller gleichgedachten und gleichgesinnten Kollegen zu finden ist. Dieses Nachdenken, etwas weiter ausgebaut, wird bald dahin führen, daß die Arbeiter gemeinsam mit ihren Berufsgenossen zu der Erkenntnis kommen, daß es die Regellosigkeit in der Produktion ist, die Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Krisen und die ganze Summe des Arbeiterelends erzeugt, und daß demzufolge notwendig sei, das Angebot der Arbeitskraft zu regeln und die Nachfrage stetiger zu machen, um eine planlose Produktion für die Folge zu verhindern. Je früher die Masse der Arbeiter zu dieser Erkenntnis kommt, desto eher wird es möglich sein, auf die gesammte Lebenshaltung der Arbeiter einzuwirken, d. h. sie zu höheren Bedürfnissen und damit zu gewissen Ansprüchen zu erziehen. — Andererseits aber rüttelt der Uebermuth des Unternehmertums auch die rückständigsten Arbeiter aus ihrem Schlafe auf, wenn man ihnen das wahre Gesicht des Unternehmertums zeigt; aber wirkungsvoll kann auch das nur durch die Gewerkschaften geschehen. In verschiedenen Branchen nimmt die Ausbeutung nicht selten äußerlich so verschiedene Formen an, daß die Arbeiter einer fremden Branche das noch als einen erträglichen Zustand ansehen, was die Arbeiter der eigenen Branche bereits als unerträglichen Zwang empfunden. Der Hohenofenarbeiter z. B. wird es nicht verstehen wie die Berliner Löhner sich mit den Unternehmern in den Haaren liegen können, ob sie ihre Arbeit vor oder nach dem Vergleichen der Fenster in Angriff nehmen sollen; und die Löhner werden es nicht verstehen, es vielleicht sogar als eine

Herrenlaune der „Arbeiteraristokraten“ auffassen, wenn die Schriftseher sich über mangelnde Wachgelegenheit aufregen. So weit es sich um indifferente Arbeitermassen handelt, und die haben wir hier in erster Linie im Auge, werden also immer nur Arbeiter derselben Branche den Umfang der in ihrem Gewerbe vorhandenen Ausbeutung vollständig beurtheilen können. Es liegt aber ganz in der Natur der Sache, daß in allen Ländern die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats mit der Gewerkschaftsbewegung begonnen. — Das Wort: daß die Gewerkschaftsbewegung die Vorschule für die Sozialdemokratie sei, bezeichnet aber nicht bloß den historischen Entwicklungsgang, sondern anspricht auch ganz scharf einen Theil der Aufgaben, die die Gewerkschaften noch jetzt zu erfüllen haben. Die moralische Seite ihrer Thätigkeit muß ganz damit erfüllt sein, ihre eigenen Mitglieder und die Arbeiter ihres Agitationsbereiches mit Klassenbewußtsein zu erfüllen; denn ist erst einmal das Klassenbewußtsein der Arbeiter geweckt, dann ist auch der Scheidewall gefallen, der sie von der Sozialdemokratie trennt. Das gilt vor Allem für jene Bezirke, in denen ein übermächtiges Kapital jede Bewegung der Selbstständigkeit unter den Arbeitern brutal unterdrückt, wo die Hungerpeitsche jedes Solidaritätsgefühl aus den Arbeitern herausschlägt. In solchen Bezirken wäre es durchaus verfehlt, wollten die Gewerkschaften mit großen Versprechungen vor die Arbeiter treten, wollten sie den Arbeitern eine momentane Besserung ihrer Klassenlage zusichern, wenn sie der Gewerkschaftsbewegung sich anschließen. Die Enttäuschungen können nicht ausbleiben und der kleinste Mißerfolg, die geringste Maßregelung kann die ganze Organisation sprengen. Ist dagegen die Basis der Gewerkschaftsbewegung das Klassenbewußtsein, das Bewußtsein, daß jede Verbesserung der Klassenlage nur durch harten Kampf erfochten werden kann, der ohne solidarische Zusammenstehen aller Arbeiter von vornherein aussichtslos ist, dann ist auch, wie der letzte große Bergarbeiterstreik in England gelehrt hat, selbst das koalirte Kapital nicht stark genug, den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Was heut gewissermaßen als angenehme Zugabe mit in den Kauf genommen wird, was man dem Gange der Entwicklung überläßt, das muß für jeden Arbeiter die Voraussetzung zum Eintritt in die Gewerkschaft werden. Heute sucht man ihn

nicht selten durch unerfüllbare Versprechen zu ködern und meint, daß sich das Klassenbewußtsein schon von selbst einstellen würde... als ob eine Gewerkschaft nicht doppelt so stark und einflußreich wäre, wenn sie nur die Hälfte der Mitglieder, aber lauter Klassenbewußte Männer zählte, anstatt in den Dauen und Halben einen ewigen Gemüthschuh zu finden... nein, umgekehrt, mit der Erziehung zum Klassenbewußtsein beginne man bei den Indifferenten, und in der Gewerkschaft selbst pflege man vornehmlich das Klassenbewußtsein, dann wird man der Gefahr, unangenehme Nachschläge zu erhalten, nicht ausgelegt sein. Dann wird die Gewerkschaftsbewegung, trotz der Schwierigkeiten, mit denen sie in Deutschland zu kämpfen hat, neben der politischen Bewegung die ihr zukommende gleichberechtigte Rolle spielen können, und sie kann dann die Aufgabe erfüllen, mit voller Intensität in das wirtschaftliche Getriebe als Machtfaktor einzugreifen. Die Gewerkschaften sind natürlich die Repräsentanten der Produktionsgruppen, und nur die Gewerkschaften vermögen es, das Räuberwerk der Produktion zum Stillstand zu bringen. Von den Gewerkschaften allein können die Massenaktionen gegen die wirtschaftlichen Fundamente der bürgerlichen Gesellschaft durchgeführt werden, nachdem sie von der politischen Partei organisiert worden sind. Aber jede Massenaktion setzt eine gegen heute riesige Steigerung des proletarischen Klassenbewußtseins voraus. Mögen die Gewerkschaften das Schwert, das ihnen in die Hand gegeben, schärfen, indem sie das Klassenbewußtsein, das Solidaritätsbewußtsein stärken, damit sie ihre historische Aufgabe erfüllen können.

**Die Sonntagsruhe und der kontinuierliche Betrieb.**

Schon zu wiederholten Malen nahmen wir Gelegenheit, auf die fortwährenden Verzögerungen hinzuweisen, welche die Inkraftsetzung der gesetzlichen Sonntagsruhe erleidet. Auch der Reichstag zeigte wiederholt, zuletzt am 5. Februar d. J., seine Unzufriedenheit über diese Verzögerung, die die Verwirklichung eines vor nunmehr 3 Jahren beschlossenen Arbeiterschutzes lediglich im Interesse der theilhaftigen Unternehmer immer weiter hinausrückt. Der entschuldigende Bericht des Staatssekretärs v. Bötticher war denn auch nur ein Beweis dafür, daß wir die

Ursachen dieses langsamen Ganges der Arbeiten sehr richtig charakterisirt hatten. Unternehmerschuz! Zwischen jeder Zeile der Gewerbenovelle, über jedem Titel und Paragraphen taucht dieser Name auf; er ist das Leitmotiv der ganzen sozialpolitischen Gesetzgebung, der Leitfaden auch für die Regelung der Ausführung. Es ist nicht unsere Sache, über die besten oder sonstigen Absichten der Regierungen, welche sie bei Einleitung der Gewerbenovelle befehlten, herumzustreiten; gleichviel, welcher Natur dieselben waren, hat die Reichsregierung es wohl verstanden, dem Kapitalismus in jeder Beziehung entgegenzukommen und in seinem Interesse sogar noch einige Schritte weiterzugehen. Und sie versteht es auch jetzt, nachdem kapitalistische Interessen (man denke an das Fünfmänner-Partell!) das Gesetz geformt und gefärbt, noch auszugleichen, alle Wünsche und Bedenken der Schlot-, Kohlen- und Metortenbarone in wohlwollende Erwägung und Berücksichtigung zu ziehen.

Nachdem das überreiche Material der Enquete über die Sonntagsruhe vom Jahre 1885 der gesetzlichen Sonntagsruhe zu Grunde gelegt war, brachte es die Agitation für die Unternehmerinteressen dahin, den bereits gesammelten Schatz als nutzlos beiseite zu werfen und auf Reichskosten neue Enqueten, Konferenzen und amtliche Untersuchungen anzustellen, wobei denn auch die Wünsche der Industriellen die gebührende Beachtung fanden. Herr v. Bötticher sagt darüber:

„In zahlreichen der in Frage kommenden Industrien haben jedoch seitdem (seit 1885) die technischen Einrichtungen und Erfahrungen eine eingreifende Aenderung erlitten. Theils sind die früheren Einrichtungen und Betriebsweisen vervollkommenet worden, theils an ihre Stelle völlig neue Einrichtungen und Betriebsweisen getreten. Endlich sind auch, insbesondere auf dem Gebiete der Chemie, Elektrotechnik und Elektrotechnik früher unbekannte Industriezweige eingeführt worden. Aus diesen Gründen konnten die Ergebnisse der Sonntagsenquete, obwohl sie eine werthvolle Grundlage für die Aufstellung der Entwürfe boten, immerhin doch nicht ausreichen, weder für eine erschöpfende Ermittlung der in Frage kommenden Betriebsarten, noch für eine hinlänglich sichere Bezeichnung der in den einzelnen Gewerben gemäß § 105 d zuzulassenden Arbeiten. Es konnte in Rücksicht hierauf nicht aus-

logisch leicht zu erklären, allein sie ist nicht richtig, beruht auf einer falschen Auffassung des Begriffs Gewalt und der geschichtlichen Bewegungsgesetze. Wohl war die Gewalt bisher die Geburtshelferin neuer Gesellschaften; aber nur weil die alten Gesellschaften sich mit Gewalt dem sein Recht fordernden Neuen widersetzen. Die Gewalt macht keine Revolution, und ist überhaupt nicht revolutionär. Im Gegentheil: die Feinde der Revolution haben sich stets auf die Gewalt gestützt. „Gewalt geht vor Recht“ ist kein revolutionäres Slog und „Blut und Eisen“ ist kein revolutionäres System. Der Bapstsummus war nicht die französische Revolution; er war bloß nöthig zu ihrer Verteidigung. Die Gewalt ist weit häufiger ein reaktionärer als revolutionärer Faktor gewesen, wie ein Blick in die Geschichte zeigt. Die neuen Ideen haben stets die Gewalt gegen sich. Wäre die Gewalt allmächtig, ja hätte es nie eine Revolution gegeben. Unsere heutigen reaktionären Gewaltthäter, welche gleich den Anarchisten an die Allmacht der Gewalt glauben, sind glücklicherweise im Irrthum befangen. Jede Gewaltthätigkeit drückt zusammen, so bald ihre Monomischen Machtbedingungen geschmelzen. Und diese Machtbedingungen sind nicht in der Willkür einzelner Personen. Es ist Wunderglaube, zu meinen, ein Mensch könne mit „Blut und Eisen“ oder durch eine Dynamittonne nach Belieben die Staats- und Gesellschaftsform ändern. Macht ist nicht Gewalt. Der Macht der Monomischen Entwicklung gegenüber ist die Gewalt Ohnmacht. Verzweiflungsthaten Einzelner sind keine revolutionäre Taktik. Wer ohne Macht an die Gewalt appellirt, ruft nur den Gewaltthätern. Müßten die Chicagoer Anarchisten nicht zugestehen, daß „die historische Bombe“ des Mai 1886 die

Interessen des arbeitenden Volkes geschädigt habe? Beschuldigen sie nicht die Feinde des Volkes, jene Bombe geworfen zu haben? Und ist es nicht Thatsache, daß diejenigen, welche am tollsten den Kultus der Gewalt predigten, sich schließlich als Agenten der Gewaltthäter entpuppten? Ob die Gewalt notwendig ist für die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft, ist eine müßige Frage, weil es nicht in unserer Hand liegt, sie zu entscheiden. Die Entscheidung liegt bei den Gewaltthätern. Mit der Lohnsklaverei wird es gehen, wie mit der Regersklaverei in den Vereinigten Staaten. Lange war es nur eine Minderheit, welche die Gemeinshaftlichkeit der Sklaverei begriff. Allmählich trat diese Gemeinshaftlichkeit so grell und greifbar zu Tage, daß die Massen des Volks sie begriffen. Und dann bedurfte es nur eines Anstoßes, um den Stein in's Rollen zu bringen. Die That des alten John Brown, der freiwillig den Opfertod wählte, entfachte den Volksgorn. Es war an der Zeit. Das war auch „Propaganda der That“, aber auch die Saat war reif. Die Gewaltthäter wurden Rebellen; sie lehnten sich auf gegen den Spruch des Volkes, und die souveräne Macht des Volkes schlug die Gewaltthäter mit deren eigenen Waffen, d. h. mit Gewalt. Rehnlich mit der Lohnsklaverei. Jetzt ist's erst eine Minderheit, welche ihre Gemeinshaftlichkeit begriffen hat. Diese Minderheit wächst beständig, weil die Gemeinshaftlichkeit der Lohnsklaverei und des ganzen auf ihr beruhenden Gesellschafts- und Staatssystems immer greller und greifbarer zu Tage tritt, in immer weiteren Kreisen sich sichtbar macht. Und mit der Unerbittlichkeit des antiken Schicksals naht der Tag, wo die Massen des Volks die Gemeinshaftlichkeit der Lohnsklaverei ebenso be-

griffen haben, wie weitland das amerikanische Volk die Gemeinshaftlichkeit der Regersklaverei. Und dann haben die Gewaltthäter zu entscheiden, ob sie dem Gebot der Vernunft und Gerechtigkeit folgen oder an die Gewalt appelliren wollen. Inzwischen werden wir die Hände nicht in den Schooß legen. Aber nicht durch Rufe und Axtentate können wir den Sieg unserer Sache beschleunigen, sondern nur durch Mittel, die unsere Macht verwehren. Im Volke liegt die Macht. Die Volksmassen müssen wir moralisch erobern. Mit Wenigen läßt sich ein Rufschrei machen — zu einer Revolution bedarf es der in's Volk gedungenen Ueberzeugung, daß das Lebensinteresse der Massen den Bruch mit der Vergangenheit erfordert. Es gilt Klarheit zu bringen in die Köpfe. Der Rest wird sich schon finden. Also Propaganda. Erweckung der Volksseele. Darlegung der Verwerflichkeit des heutigen Systems. Und wir selbst müssen lernen, wenn wir erfolgreich lehren wollen. Drum ist unsere Lösung: agitiren, organisiren, substituiren. — Uebenecht empfahl nachstehende Resolution zur Annahme: „Der Parteitag erklärt die anarchische Gesellschaftstheorie, soweit dieselbe die absolute Autonomie des Individuums erstrebt, für antizionalistisch, für nichts anderes als eine einseitige Ausgestaltung der Grundgedanken des bürgerlichen Liberalismus, wenn sie auch in ihrer Kritik der heutigen Gesellschaftsordnung von sozialistischen Gesichtspunkten ausgeht. Sie ist vor allem mit der sozialistischen Forderung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der gesellschaftlichen Regelung der Produktion unvereinbar und läuft, wenn nicht die Produktion auf dem Zwergmaßstab des kleinen Handwerks zurückgeführt werden soll, auf einen unzulässigen Widerspruch

hinaus. Der anarchische Kultus und die ausschließliche Zulassung der Gewaltpolitik beruht auf dem groben Mißverständnis der Rolle der Gewalt in der Geschichte der Völker. Die Gewalt ist ebensogut ein reaktionärer als ein revolutionärer Faktor; ersterer sogar häufiger gewesen als das letztere. Die Taktik der individuellen Anwendung der Gewalt führt nicht zum Ziele und ist, insofern sie das Rechtsgefühl der Masse verletzt, positiv schädlich und darum verwerflich. Für die individuellen Gewaltakte bis auf's äußerste Verfolgt und Geächteter machen wir die Verfolger und Richter verantwortlich und begreifen die Neigung zu solchen als eine Entschleunigung, die sich zu allen Zeiten unter ähnlichen Verhältnissen gezeigt hat, und welche gegenwärtig durch bezahlte Agents-provocateurs für die Zwecke der Reaktion gegen die arbeitende Klasse ausgeübt wird.“ Die Resolution wurde vom Kongreß einstimmig gegen 2 Stimmenthaltungen angenommen. — Bald nachher boten sich neue Beweise dafür, daß die anarchische Bewegung hauptsächlich von Völkerspitzeln gemacht wurde. Minister Buttamer hatte, während über das Gelingen des Parteitages von St. Gallen und das Wachstum der Sozialdemokratie, dem Reichstage am 14. Januar 1888 eine neue Gesetzesvorlage zur Bekämpfung der Sozialdemokratie überreichte, welche nicht nur gegen die Agitatoren sehr hohe Strafen, sondern auch Entziehung der Staatsangehörigkeit und Ausweisung aus dem Bundesgebiet vorsah.

(Fortsetzung folgt.)

bleiben, daß die ersten Entwürfe bei der von den Bundesstaaten erbetenen Prüfung — die naturgemäß nicht ohne erheblichen Zeitaufwand vorgenommen werden konnte — Veranlassung zu zahlreichen Abänderungsvorschlägen boten; hierbei ergab sich eine noch weit größere Flexibilität der Betriebsarten und Betriebsverhältnisse in den einzelnen Industrien, als dies bereits die Enquete von 1885 hatte erkennen lassen. Zu den zahlreichen, bei der Aufstellung der ersten Entwürfe angeregten verwickelten Fragen traten neue, nicht minder komplizierte, hinzu. Bei dem Widerstreit der Meinungen, der sich nach endlichem Eingang der Meinungen der Bundesregierungen herausstellte, standen sich über technische und wirtschaftliche Fragen die verschiedensten Ansichten gegenüber. Das für eine sachgemäße Prüfung unerlässliche Eingehen in solche strittige Fragen, deren Entscheidung die Vorbedingung für die Aufstellung der revidierten Entwürfe war, erforderte abermals einen großen Aufwand an Arbeitskraft und Arbeitszeit, zumal der äußere Umfang des in Verichten, Entschenten und Eingaben vorliegenden Stoffes ein außerordentlich großer war. Sammlische, Ende 1892 herausgegangenen Entwürfe sind an der Hand des Ergebnisses dieses Materials zu revidieren, zu ändern, zu ergänzen, zu einem nicht unbedeutlichen Teil völlig neu aufzustellen, sodann mit den Kommissarien des Herrn Handelsministers einer Besprechung zu unterziehen, hiernach für die Sachverständigen-Konferenz vorzubereiten und dieser nebst einer in den meisten Fällen neu zu bearbeitenden Begründung vorzulegen. Erst nachdem das Ergebnis dieser Konferenzen vorliegt, kann die endgültige Aufstellung der einzelnen Bundesratsvorlagen erfolgen."

Wir veröffentlichen diese Entschuldigung natürlich, weil aus ihr zu ersehen ist, welche Berücksichtigung die Reichsregierung sowohl, als auch die Bundesregierungen dem Unternehmertum angedeihen lassen, und wie man mit dem Rechte der wirtschaftlich abhängigen Klassen verfährt, um sich die möglichste Zufriedenheit der Industriellen zu sichern. Eines aber geht vor allem aus ihr hervor, das geeignet ist, die lebhaftesten Proteste nicht allein aller wirklichen Sozialpolitiker, sondern auch die aller Hygieniker wachzurufen, die Rücksicht auf die sogenannte technische Umwälzung. Also es ist nicht mehr die Fürsorge für Abwendung der die Arbeiter treffenden üblen und schädigenden Folgen dieser Umwälzung, sondern die Rücksicht auf den durch den Arbeiterschutz etwa beeinträchtigten Profit, die Fürsorge, daß der Betrieb der Profitmacherei keine Schmälerung erleide. Und namentlich ist es der kontinuierliche Betrieb, der sich der größten Rücksichtnahme zu erfreuen hat und der uns zwingt, die wir in diesem Kampfe um die Sonntagsruhe das Recht der Arbeiter vertreten, uns mit ihm etwas näher zu beschäftigen.

Der kontinuierliche Betrieb, d. h. der ununterbrochene Betrieb, ist die vollkommene Herrschaft des Produktionsprozesses über die Arbeiter, die völlige Knechtung und Entrechtung der menschlichen Arbeitskraft und die nackte Proklamtion des Unternehmerinteresses. Die Ausdehnung der Arbeitspflicht auf die allgemein übliche Ruhezeit mag in kapitalistisch-wirtschaftlicher Hinsicht durch allerlei Gründe gerechtfertigt erscheinen — sie bedeutet aber zugleich die Beseitigung jeglicher Rücksicht gegen die Arbeiter und deren natürlichste Rechte und Bedürfnisse, die größtmögliche Verletzung der öffentlichen Ordnung und des Gemeinwohls, wie solches nach Jahrhunderte langer Auffassung erkannt wurde. Nur das Allgemeinwohl rechtfertigte früher eine Ueberschreitung der allgemein üblichen Grenzen der Arbeitszeit, und es mag stets vereinzelte Ausnahmen gegeben

haben — ein ununterbrochener Betrieb der Produktion, wie er heute seitens der Industrie als gutes Recht geltend gemacht wird, wäre aber früher unmöglich gewesen. Heute dagegen sind es gerade die von Erfindungen, Entdeckungen, von Wissenschaft und Technik begünstigten Industrien, welche der Rücksichtslosigkeit gegen die gekaufte menschliche Arbeitskraft den allerweitesten Spielraum geben und selbst das Verwerflichste und Brutalste durchsetzen, wenn das „Geschäftsinteresse“ es diktiert. Das lehrt ein Blick auf die Ausnahmen, die diese Industrien von der Regierung bezüglich der Sonntagsruhe fordern. Schon im Gesetze haben sie die Grundlage für den Schutz ihrer Interessen erzwingen; § 105d bestimmt: „Für bestimmte Gewerbe, insbesondere für Betriebe, in denen Arbeiten vorkommen, die ihrer Natur nach eine Unterbrechung oder einen Aufschub nicht gestatten, sowie für Betriebe, welche ihrer Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten angewiesen sind oder welche in gewissen Zeiten des Jahres zu einer außergewöhnlich verstärkten Thätigkeit genötigt sind, können durch Beschluß des Bundesrates Ausnahmen von der Bestimmung des § 105b, Abs. 1 zugelassen werden.“

Nach Herrn v. Bötticher sind für folgende Gruppen Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit erforderlich: Gruppe III: Bergwerke und Gruben; Gr. IV: Kalk- und Gypsbrannenereien; Gr. V: Eisengießereien und Eismaßwerke; Gr. VII: Chemische Industrie (36 Industriezweige); Gr. VIII: Forstwirtschaftliche Betriebe (Holzkohlen-, Holzleer-, Harz- und Pechgewinnung; Gr. X: Stroh- und Holzstofffabrikation, Papier- und Pappfabrikation, Gerberei und Lederfabrikation, und Gr. XII: Rohzuckerfabrikation, Zuckerraffinerie, Melassefabrikation. Außerdem noch für eine Anzahl von Saisonberufen. Hierbei sind aber eine Reihe von Industrien nicht gezählt, für welche gleichfalls Ausnahmen von der Sonntagsruhe für notwendig erachtet werden; wir nennen nur die keramische Industrie, die Glasindustrie, die Textilindustrie, die Spiritusbrennerei, Brauerei und die Bäckerei, die Galvanotypie und Galvanoplastik, die Zeitungsdruckerei etc. Und während der Unterhandlungen schwillt die Zahl der Industrien, das Heer der Nothwendigkeiten und „berechtigten Eigenhümlichkeiten“ und damit auch die Zahl der „eigenhümlichen Berechtigungen“ fortwährend an. Schon jetzt beträgt die Zahl der betr. Industriezweige über 100 und überall wird die betriebstechnische Thätigkeit hervorgezogen zur Rechtfertigung der Beeinträchtigung der Ruhezeit für die Arbeiter. Es ist der kontinuierliche Betrieb, auf Grund dessen die Arbeiter entrechtet werden. Ja, zum Teufel, wer hat denn die Arbeiter bei Einführung irgend einer solchen Neuerung der Betriebstechnik gefragt, ob sie damit und mit den wirtschaftlichen und ev. gesetzlichen Folgen auch einverstanden wären? Wer hat sich je darum gekümmert, ob die Arbeiter durch die neue ununterbrochene Betriebsweise auch keine gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Nachteile haben, ob ihre Interessen auch die genügende Berücksichtigung erfahren? Ob ihnen die Einführung der Beschäftigung angenehm war? Niemand, am wenigsten der Unternehmer. Nur sein Interesse oder wie es stets heißt, das Interesse der Industrie war maßgebend für solche Neuerungen. Und hat etwa die Gesetzgebung oder die Arbeiterschaft die Unternehmer gezwungen, den kontinuierlichen Betrieb einzuführen? Hat sie den Weber foragejagt und den ununterbrochenen Betrieb mit mechanischen Webstühlen, Nementischen und Stickmaschinen veranlaßt? Hat sie den Akkumulatort eingeführt, um damit systematisch die Ruhetage der Kraftmaschinen überflüssig zu machen und die Arbeitsruhe im Interesse

des ununterbrochenen Betriebs zu durchlöchern?

Alles dies geschah lediglich im Interesse des Kapitalismus! Wir schätzen gewiß die technische Entwicklung hoch und ihre erfreuliche Rückwirkung auf Produktion und sozialen Fortschritt erkennen wir stets an. Aber das kann uns nicht hindern mit Phrasen aufzuräumen, als sei das Alles nur im öffentlichen Interesse geschehen, und als müsse die Welt Alles in Kauf nehmen und sich mit Allem abzufinden wissen, was der Kapitalismus aus der Verbindung von Technik und Privatwirtschaft herauschlägt. Hunderte Wege führen zum Ziel, und ihre Natur in Berücksichtigung allgemeiner sozialer Anforderungen, wie der Interessen der beteiligten Arbeiter ist sehr verschieden. Da kann viel, da kann aber auch wenig für die Arbeiter geschehen, manchmal auch gar nichts oder Alles gegen sie. Und daß der rücksichtsloseste Weg der wirtschaftlichste und beste sei — wer wollte das behaupten? Für den Profit wohl, nicht aber für das allgemeine Wohl! Der ununterbrochene Betrieb, so wenig oft in ihm ein technischer Fortschritt zu erkennen ist, hat für das Allgemeinwohl wenig Interesse und ist in den meisten Fällen entbehrlich oder durch andere technische Fortschritte entbehrlich zu machen. Ist es doch eigene Initiative des Großkapitals gewesen, solche Einrichtungen, Maschinen etc. zu treffen und darin Kapitalien zu fixiren, deren Amortisation und Risiko für den Staat sowohl, als für eine soziale Gesetzgebung ganz ferne liegen und liegen müssen. Ist es doch auch das Unternehmertum selbst, das seit der letzten Sonntagsarbeitsenquete die hohen Dividenden der entwickeltesten Industrien geschluckt hat und dabei seine nächstliegenden Pflichten den Arbeitern gegenüber soweit vergaß oder außer Rücksicht setzte, daß die Gesetzgebung es daran erinnern mußte. Denn das Verbot der Sonntagsarbeit wäre in früherer Zeit überflüssig gewesen; es ist hervorgerufen durch die Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums. Und jetzt das Verlangen, die für den kontinuierlichen Betrieb festgelegten Kapitalien durch Aufhebung der Sonntagsruhe zu garantiren? Und ein Betrieb, der den Arbeiter um die einfachste Forderung der menschlichen Natur betrügt, der das Selbstinteresse proklamiert und zwar lediglich dieses — soll ein sozialer Fortschritt sein? Auch die Melinit-, Dynamit- und andere Bomben, die mit Stickstoffverbindungen gefüllt sind, präsentiren chemische Fortschritte, obwohl die Gesetzgebung weit entfernt ist, hier dem Privatinteresse irgend welche Konzessionen zu machen.

Der ununterbrochene Betrieb ist kein Gebot der Nothwendigkeit, sondern eine durchaus kapitalistische Einrichtung. Daß wir hierbei nicht an das Verkehrs- und Bewirtschaftungswesen denken, ist selbstverständlich. Selbst dort, wo ihn das gesammte kapitalistische Goldschreibertum für unumgänglich hält, z. B. auf Hüttenwerken, ist er bei anderen technischen Einrichtungen zu vermeiden, wenigstens aber auf die kürzeste Frist zu beschränken. Ueber seine Vollkommenheit kann man sehr verschiedener Meinung sein; wir vermögen in einer systematischen Untergrabung und Schädigung der Gesundheit der Arbeiter, in einer Einschränkung ihres Bildungsmasses, in einer Verflavung und Knechtung keine soziale Vollkommenheit wahrzunehmen. Die Gesetzgebung hat unseres Erachtens nicht die Aufgabe, kapitalistische Einrichtungen zu schützen, gewisse Herstellungsverfahren oder technische Betriebsweisen zu privilegiren, sondern die öffentlichen Interessen in Bezug auf Gesundheit, Erziehung und Ordnung zu verteidigen.

Das Entgegenkommen der Reichsregierung auf die Wünsche der Industriellen

ist durchaus den öffentlichen Interessen zuwiderlaufend. Nicht die Sonntagsruhe hat sich der Betriebsweise eines Unternehmers anzupassen, sondern umgekehrt die Betriebsweise dem Gesetze, das Privatinteresse der öffentlichen Wohlfahrt. Die Entwürfe der Ausführungsbestimmungen vernichten die Sonntagsruhe eines Theils der Arbeiter fast vollständig. Das Gros der industriellen Arbeiter hängt von Neuem in seiner Sonntagsfeier von der Gnade einiger Unternehmer und Aktiengesellschaften ab, und zwar nunmehr mit gesetzlicher Sanktion. Das ist aber kein Arbeiterschutz, sondern der krasseste Unternehmerschutz — das ist ein unverhüllter „Schutz der Sonntagsarbeit“. Und dafür alle die Untersuchungen und Konferenzen, die unserem christlichen Staate ein schönes Stück Geld kosten! Der technische Fortschritt ist der Knüttel, den das Unternehmertum dem sozialen Fortschritt zwischen die Beine wirft.

### Neue Fortschritte der Technik zum Erfolge der Menschenkraft durch Maschinenarbeit.

Die deutschen Eisenbahntechniker, die im verflohenen Jahre die Weltausstellung in Chicago im Auftrage ihrer Regierungen besuchten, haben über ihre Wahrnehmungen auf dem Gebiete des nordamerikanischen Eisenbahnwesens einen gemeinsamen Bericht erstattet. Darin heißt es u. A. über Erbarbeiten:

Nach den Wahrnehmungen der Kommissare macht sich, wie in zahlreichen anderen Zweigen der Technik, so auch auf dem Gebiete des Erdbaus das Bestreben geltend, die theuere Menschenkraft durch Maschinenarbeit zu ersetzen.

Trodentagger werden in ausgebeuteter Maße selbst bei weniger umfangreichen Arbeiten benutzt. Insbesondere wird eines Stielbagger gedacht, der zur Aushebung und Erweiterung von Einschnitten verwendet wird. Der Bagger ist mit einer Dampfmaschine auf einem Plattformwagen aufgebracht und arbeitet von einem Geleis aus, das mit dem Fortschreiten des Einschnittes verlängert und gewöhnlich rückwärts wieder abgebrochen wird. Das von dem Stielbagger geföhrte Material wird von einem Zuge abgeföhrt, dessen Wagen direkt vom Schöpfer des Bagger geladen werden. Zur Entladung des Materialzuges wird eine Art Pflug verwendet, der schiffenartig von der losgeföhrten Maschine des Materialzuges mittelst eines Seiles über die Plattformwagen gezogen wird und im Vorwärtsschreiten das Material je nach der Bauart des Pfluges entweder nach beiden Seiten oder nur nach einer Seite abwirft. Für dieses Abföhrverfahren wöhren sich allerdings kürzeren Wagen nicht in gleichem Maße wie die langen amerikanischen Wagen eignen.

Die Benutzung des schon beim Gold- und Diamantabbau angewendeten Verfahrens, Erdmaterial durch Wasser zu lösen und zu fördern, auch für die Zwecke des Eisenbahnbaus war den deutschen Ingenieuren neu. Es handelt sich hierbei um die Benutzung von höher liegenden Gelände für Füllzwecke. Mittels natürlichen oder auf maschinelle Weise erzeugten hohen Drucks wird ein durch eine Röhrenleitung und schließlich durch ein konisches Strohrohr ausfließender Wasserstrahl gegen das Erdreich gerichtet, der die Masse löst und mit sich fortnimmt. Ist das Material von härterem oder gar feistigem Gefüge, so wird das Gelände durch Unterminiren mittelst des Wasserstrahles zum Einstürzen gebracht. Das eingestürzte Material wird theils durch Hand von einigen wenigen Arbeitern, theils wiederum mit Hilfe des Wasserstrahles zerklüftet und hölzernen Gerinnen zugeföhrt, die in starkem Gefälle das Gemenge von Wasser und Erdmaterial zur Verwendungsfelle leiten. Die angeschwemmte Masse wird in den Austrägen durch Steinwürfe oder Begrenzungsbauten aus Faschinen oder beschwertem Stroh zurückgehalten. Durch dieses Verfahren werden sehr solide Aufträge erstellt. Große Massen können durch eine ganz geringe Arbeiterzahl bewegt werden. Die Kosten sollen bei umfangreichen Arbeiten unter besonders günstigen Verhältnissen nur 12-15  $\frac{1}{2}$  unter mittleren Verhältnissen etwa 25-30  $\frac{1}{2}$  für den Kubikmeter betragen. Das Verfahren wird auch zuweilen angewendet, um die „Trestleworks“, wenn sie einer Erneuerung bedürfen, arskalt wieder durch Holzbau durch Dämme zu ersetzen.

Welche riesigen Fortschritte die Anwendung der Elektrizität in den letzten Jahren zu verzeichnen hat, wird leicht aus der Thatsache ersichtlich, daß es in Amerika schon seit einigen Jahren viele Bergwerke gibt,

In denen Alles — die Beleuchtung, die Bohrerbewegung zc. zc. durch Elektrizität besorgt wird. Ferner dient die Elektrizität heutzutage dazu, das magnetische Erz auszulösen, sowie Metalle zu schmelzen, Stahl zu härten, sie dient zum Sätzen, Plätten, Kochen, Heizen, Glasversprengen zc. zc.

Seit einigen Jahren werden die Bohrmaschinen für die Donauguldringung durch Elektrizität in Bewegung gesetzt. Elektrizität wird auch in den Papierfabriken zum Entfernen kleiner Giftstoffe aus dem Papierbrei angewandt. Auch in die chemische Großindustrie hat sie Eingang gefunden und wird dort zur Darstellung von Soda und Chlor aus Kochsalz, des chlorsaurigen Kali, zur Darstellung von Phosphor, zur Verbrennung des Bebers zc. benutzt.

Die Zuckerindustrie wird revolutioniert durch die neu erfundene dynamoelektrische Zentrifuge, deren Prinzip in einem kontinuierlichen Arbeiten, in Folge selbstthätiger Entleerung des ausgeführten Zuckers, besteht. Die Tourenzahl dieser Zentrifuge soll 900—1200 per Minute betragen. . . .

Wie viele Tausende von Arbeitern werden wohl dadurch ihr Brod einbüßen!

Auch auf dem Gebiete des Verkehrs, wo die Elektrizität sich schon lange eingebürgert hat, sind zahlreiche neue Erfindungen zu verzeichnen. So berichtet Giddons, daß mit dem automatischen Telegraphen von Anderson in einer Minute 8000 Worte auf der 855 Meilen langen kupfernen Drahtleitung zwischen Newyork und Washington befördert worden sind. Die von Jackson erfundene Signalleitung soll das Stationspersonal in den Stand setzen, die jederzeitige Lage der Züge auf der Strecke beobachten und ihren Gang verfolgen zu können. Zur Verhütung von Zusammenstößen der Eisenbahnzüge werden zwischen den Schienen zwei isolierte Leiter gelegt, die mittels Schleifseifen mit einer auf der Lokomotive befindlichen Alarmporrichtung in Verbindung stehen. Sobald auf dem nämlichen Geleise zwei Lokomotiven sich befinden, wird der Stromkreis geschlossen, und die Alarmglocken erklingen. Der Abkündigungstelegraph von Robinson ermöglicht die Registrierung und sofortige Zahlung der abgegebenen Stimmen. Ferner ist eine Vorrichtung erfunden, mittels derer der Gast eines Hotels von seinem Schlafzimmer aus ein auf dem Korridor oder in der Pförtnerloge sichtbares Zeichen abgeben kann, welches die Zeit angibt, zu der der Gast geweckt sein will.

Sogar die Kunst ist von diesem Einbringling nicht verschont geblieben. Es wird aus Amerika berichtet, daß man dort die Elektrizität angewandt hat, um den Klang der Klaviere zu verbessern. Die Klangfarbe der so angeregten Klaviere soll in verschiedenen Oktaven an Orgel, Cello, Violine und Harfe erinnern.

Eine besonders hervorragende Rolle wird aber die Elektrizität, viellecht schon in der nächsten Zeit, in der Landwirtschaft spielen. „Im landwirtschaftlichen Betrieb“, schreibt ein Kenner dieser Verhältnisse, „scheiterte die Verwendung der Naturkräfte von Wind und Wasser vor Allem an der Schwierigkeit des Transports der Kraft. Der Seilbetrieb in größerem Maßstabe führte zu nichts allgemeinem Brauchbarem. Seit wenigen Jahren besitzen wir in der Elektrizität das Mittel, jede Kraft auf fast jede in der Landwirtschaft erforderliche Entfernung leicht und billig zu übertragen und in kleinen Mengen zu verteilen. . . . Jede Säckschneidemaschine, jeder Häbenscheiber können eigene Kraftmaschinen haben, die von einer Zentrale — einem entfernten Wasserrad, einer größeren, ökonomisch angelegten Dampfmaschine zc. — gespeist werden. Hier ist noch viel zu rudern. . . . und noch viel Geld zu opfern, ehe sichere Erfolge einzuhelm sind. Aber es darf fast mit Sicherheit ausgesprochen werden, daß wir in dieser Richtung in absehbarer Zeit vor einer großen Umwälzung stehen.“ Doch wann auch diese Umwälzung kommen mag, sicher ist, daß sie nicht dem Kleinbauern zu Gute kommen wird, der weder das nötige Kapital besitzt, um einen mechanischen Betrieb einzuführen, noch eine genügende Ackerfläche, um ihn rentabel zu machen, sondern dem Großgrundbesitzer. So führt jede technische Umwälzung der kapitalistischen Produktion zu einer Verschärfung ihrer ökonomischen Gegensätze.

Im „Baseler Vorwärts“ gibt ein „rother Typograph“ folgende Schilderung: „Durch die Maschine verdrängt zu werden, droht, wie den meisten Lesern bekannt sein dürfte, nach und nach auch den Schriftsetzern, benjenigen wenigstens, welche mit der Herstellung von sogenanntem „glatten Satz“ (z. B. dem politischen Teil von Zeitungen, Berichten zc.) beschäftigt sind, was ungefähr 2/3 der gesamten als Setzer beschäftigten Arbeiter ausmachen dürfte.

Nachdem bereits im verfloffenen Sommer der „Reiter des Bund“ in Bern (Herr Sent) Schwaibach eingeführt hat, sollen nun auch in Buchdruckereten anderer Schweizerstädte solche zur Anwendung

kommen. Freilich ist noch kein System gefunden, das allen Anforderungen entspricht, aber das wird schon kommen. Den in Bern eingeführten Maschinen soll bereits wieder Gefahr drohen, von solchen eines besseren Systems verdrängt zu werden.

„Selbst dem, wie ihm wolle, die fortschreitende Entwicklung der Technik wird auch über die gegenwärtig sich noch zeigenden Mängel über kurz oder lang triumphieren, um alsdann mit den „Schwarzlinslern“ um so gründlicher aufzuräumen.“

„Was aus den durch diesen Umstand auf das Pflaster geworfenen Arbeitern dann werden soll — das wissen die Götter. Einige werden durch die aufstrebende Arbeit als Maschinensetzer ihr Dasein weiter fristen können, vorausgesetzt, daß zur Bedienung der Maschine nicht etwa weibliche Arbeitskräfte verwendet werden, wie dies auch in der Buchdruckeret des „Bund“ in Bern geschieht. Andere wiederum, heute noch mit einem gewissen Stolz versehene Typographen, die für die schwelche Hand eines Arbeiters in der Blause nur einen verächtlichen Seitenblick haben, werden Zeit erhalten, ein wenig über praktische Sozialreform nachzudenken, oder die bittere Erfahrung machen müssen, daß trotz servilen Benehmens und Speichel-leckerer für sie keine Arbeit mehr ist, denn wo den Ausbeutern einige Silberlinge mehr Gewinn entgegenwinken, tritt alles anders in den Hintergrund.“

**Was man in Sachsen vor hat.**

Der „Nationalliberale Verein für das Königreich Sachsen“ hat an das Ministerium des Innern eine Eingabe gebracht um Abänderung des sächsischen Vereins- und Versammlungsgesetzes. Diese Petition ist in Verfolg der auf der Jahres-Generalversammlung der Nationalliberalen Sachsen im Mai d. J. gefaßten Beschlüsse zu Stande gekommen und ist kürzlich im „Leipziger Tageblatt“ ihrem Wortlaute nach zum Abdruck gelangt. Bei dem Verhältnis der Parteien in Sachsen und namentlich dem des Nationalliberalismus zur Sozialdemokratie konnte man von vornherein annehmen, daß es sich um Verbesserungen und Erleichterungen betrefis des Versammlungsrechtes nicht handeln kann, denn diese Partei ist als arbeitereinstimmlich bekannt. In der That ist die Petition geeignet, die Versammlungsfreiheit noch weiter einzuschränken und das will gewiß viel heißen.

Sehen wir uns die Forderungen der Petition ein wenig an. So verlangen die Herren zunächst die Streichung der §§ 24 und 25 des Gesetzes. Nach § 24 dürfen Vereine, deren Zweck sich auf öffentliche Angelegenheiten bezieht, keine Zweigvereine bilden, es sei denn, sie hätten die Rechte einer Körperschaft erlangt. Nach § 25 können derartige Zweigvereine, wie auch der Mutterverein aufgelöst werden. Hiernach ist es solchen Vereinen nicht erlaubt, mit anderen Vereinen Schrift zu wechseln oder durch Mitglieder oder Abgeordnete sich mit Mitgliedern anderer Vereine mündlich zu verständigen oder Zusammenkünfte zu halten.

Der nationalliberale Landesverein wünscht nun die Streichung dieser Paragraphen, doch nicht in Rücksicht auf die Arbeitervereine bezw. die Sozialdemokraten, damit diesen die Verbindung leichter würde, sondern aus egoistischen Gründen für sich, um angeblich das Zusammengehen der staatsrechtlich bestehenden Parteien entgegen der Sozialdemokratie zu erleichtern. Die Petition spricht es offen aus, daß außerhalb der Wahlkreise die Vereine verschiedener Richtung, die aber gleichmäßig auf dem Boden der Verfassung stehen“, sich in gemeinsamen Versammlungen über öffentliche Angelegenheiten sollen versammeln können. Die Forderung auf Streichung der beiden Paragraphen wird umgekehrt gerade damit begründet, daß die eigenartige Organisation der Sozialdemokratie die „Schutzwehr, welche die §§ 24 und 25 bilden sollen, völlig unwirksam mache“, gegen diese habe die Behörde die Anwendung derselben nur selten notwendig gehabt.

Wenn man mit der Aufhebung der betreffenden Paragraphen einverstanden sein kann, auch wenn sie den „Ordnungsparteien“ gegen die Arbeiter zu Gute kommt, so ist eine zweite Forderung um so reaktionärer und unverständlicher. Sie läuft darauf hinaus, die Dispositionsfähigkeit und den Besitz der politischen Ehrenrechte, welches Weibes der § 3 des Gesetzes nur von den Ehemännern einer Versammlung verlangt, auch von den Besuchern der Versammlungen zu verlangen.

Das würde den Ausschluß aller jungen Leute unter 21 Jahren, sowie der Frauen von öffentlichen politischen Versammlungen bedeuten, denn auch Wähler — mit Ausnahme der Wittwen — und Mädchen über 21 Jahre sind nicht dispositionsfähig.

Die nationalliberale Partei will mit ihrer Maßregel ausgesprochenemachen den Nachwuchs der Sozialdemokraten treffen und beruft sich dafür auf die Gesetze anderer

Staaten, nach welchen von politischen Versammlungen Frauen, Behrlinge und Schüler ausgeschlossen seien. Wirklich ein Begehren, welches diese Partei, die einst in ihrer demokratischen Blüthezeit, im Jahre 1848/49, nicht genug politische Freiheiten für Alle fordern konnte, als in ihrem Walle verlor, und verpufft erschienen läßt. Doch nicht dies allein. Die Forderung der nationalliberalen Petition wünscht Ausnahmen zu Gunsten der verwaisenen Frauenfrage im liberalen Sinne gemacht, Frauen und junge Leute sollen an „öffentlichen Angelegenheiten im weiteren Sinne“ Theil nehmen; zu diesem weiteren Sinne gehören die politischen Erörterungen aber nicht. Wer den „Bildungsschwindel“ dieser Liberalen kennt, kann sich denken, daß sie Vorträge über die Frauenfrage im bürgerlichen Sinne, sowie über „Sonne, Mond und Sterne“, über „Schiller und Goethe“, über die „Harmonie von Unternehmer und Arbeiter“, über den „Einfluß des Sirius auf den nationalliberalen Verstand“, über „Urchristentum und Sozialdemokratie“ recht wohl als „öffentliche Angelegenheiten im weiteren Sinne“ für Frauen und Jünglinge zulassen würden. Auch über den „Segen der Arbeiterchutzgesetze“ würde diese Sorte Volksbeglucker ihre nationalliberalen Heilspostel sprechen lassen, aber nur nicht über „Politik“, über „politische Tagesfragen“, Thema's, wie die „Zölle und Steuern“, der „Militarismus und die Kautschukliberalen“, die „Volksnoth“, die politischen Parteien und die Massenverarmung“ sind den Leuten natürlich im höchsten Grade unbequem, deshalb fort damit.

Ausdrücklich ausgenommen von jeder Beschränkung will die Petition die Versammlungen zu gemeinnützigen Zwecken haben. Da auch die Begehren der Bourgeoisie vorwiegend dienen und unter diesem Titel alles Mögliche gebracht werden kann, so muß auch diese letztere Forderung als bloße Ausnahmeforderung zu Gunsten der herrschenden Parteien angesehen werden.

Für die Arbeiter springen daher aus der geplanten Abänderung des Vereins- und Versammlungsgesetzes nichts weiter als neue Beschränkungen heraus.

Wenn die Ordnungsparteien heute an der Gesetzgebung etwas ändern, so kann man in 99 Fällen von 100 sicher sein, daß diese Abänderung gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet ist. So auch hier. Das sächsische Vereins- und Versammlungsgesetz ist ein Jahr nach dem Walaufstande in Dresden zu Stande gekommen, es ist daher eine Art Nothstands-gesetz gewesen und wurde damals bereits im Entwurf als Polizeigesetz angekündigt, d. h. als ein solches, welches den Behörden den weitesten Spielraum in der Auslegung und Anwendung der Paragraphen läßt. Seitdem ist der sächsische Staat 44 Jahre älter geworden, der Inhalt der liberalen Partei hat sich geändert, während der konservativ Standpunkt unüberändert aller politischen, freien Betätigung feindselig blieb. Die Parteien haben im Stärkeverhältnis gewechselt, seit den 60er, namentlich aber seit den 70er Jahren ist die Sozialdemokratie als Partei in den Vordergrund gelangt und die Arbeiterbewegung schlägt heute die gewaltigsten Bogen. Die Achtundvierziger sind gestorben, verstorben, beziehentlich an die Wiltcherrschaft im Staatswesen gelangt, die ehemaligen Robert Blum'schen „Vaterlandsvereine“, gegen welche das Vereins- und Versammlungsgesetz in erster Linie gerichtet war, sind heute längst nicht mehr vorhanden, doch das Gesetz, das Gesetz ist geblieben und diesem, auf unsere modernen Verhältnisse absolut nicht mehr passenden Gesetze, ist heute die Arbeiterpartei unterstellt. Wer denkt nicht hierbei an das Wort Goethe's:

„Es erden sich Gesetz und Rechte Wiech einer ew'gen Krankheit fort.“

So ureaktionär wie dieses nach 1849 erlassene Gesetz erscheinen muß, bietet es den herrschenden Parteien noch nicht genug Handhaben gegen die Arbeiter dar; es ist denselben noch zu frei. Und so sind denn die Maulwürfe an der Arbeit.

Im nächsten Landtage gilt es diesem erneuten Vorstoß zu begegnen. Wie die Regierung sich der Petition gegenüber stellen wird, kann man sich denken. Sie wird vermuthlich eine Abänderung planen, doch wird sie sich bei den geringen Forderungen der Nationalliberalen nicht beruhigen. Man dürfte eine „umfassende Reform“ des Vereins- und Versammlungsgesetzes vornehmen und es dabei die klugen Nationalliberalen ihre Rechnung, namentlich bezüglich der §§ 24, 25 des Gesetzes finden werden, bezweifeln wir noch. Sicher aber wird das Gesetz nicht besser, eher wird es Verschärfung erfahren. Hoff' unsere Landtagsboten gilt es dann auf Kosten zu sein. — Was man indessen auch planen möge: die Arbeiterbewegung kriegen Regierung und Parteien nicht unter; darauf können sie sich verlassen!

Deshalb organisiert Euch, Arbeiter, Euer Zell ruht in der Organisation!

**Korrespondenzen.**

**Formier.**  
Bestemünde. Warnung! Wir warnen hiermit die Formier Deutschlands davor, sich auf Verschreibung oder durch Annoicen nach Bestemünde und Bremerhaven locken zu lassen.  
B. Schmidts,  
Bevollmächtigter des Centralvereins d. d. Formier.

**Klempner.**  
Bremerhaven. Am 28. Juni hielt die hiesige Verwaltung der Klempner eine außerordentliche Generalversammlung ab. Es war in der vorigen Versammlung der Antrag eingebracht auf Auflösung der Section und Uebertritt zur „Allgemeinen“. Kollege Schulz erwähnte Leben, sich frei über diesen Antrag auszusprechen, damit man die Ansicht dafür und dagegen zu hören bekomme und sich dann alle Kollegen dem hier gefaßten Beschluß fügten. Es erhielt dann Kollege Beers zu seinem Antrage das Wort. Er führte die Gründe des Uebertritts in packender Weise aus und betonte zuletzt noch, daß ein Jeder sich hier frei aussprechen sollte und nicht etwa nach der Versammlung in den Wirtshäusern. Kollege Wirtz sprach für den Antrag. Es wurde dann, da sich Niemand mehr zum Wort meldete, zur Abstimmung geschritten, welche das Resultat brachte, daß der Antrag gegen eine Stimme angenommen ist. Es wurde dann beschlossen, in der nächsten Versammlung die Abrechnung des letzten halben Jahres vorzulegen, um dann gemeinsam den Uebertritt zur allgemeinen Verwaltung vorzunehmen.

**Metallarbeiter.**

**Altenburg.** Der Streik der Arbeiter in der Winkelmann'schen Nähmaschinen-Fabrik dauert unüberändert fort. Im Auslande befinden sich noch 28 Mann, darunter 16 Verheiratete. Der Zugang aus den Orten, wo Nähmaschinenfabrikation, ist ziemlich stark; wir erjuchen daher die betreffenden Ortsverwaltungen, ihre Kollegen so viel wie möglich vor der Winkelmann'schen Nähmaschinenfabrik in Altenburg zu warnen. Bericht folgt.

**Münster.** Zugang von Drahtwebern ist wegen Differenzen streng fernzuhalten.

**Durg.** In der Versammlung am 9. Juni wurden 6 Kollegen aufgenommen. Nach einem Vortrag über die Arbeiterchutzgesetze wurde bei „Verschiebung“ der Wunich ausgesprochen, einen Ausflug zu machen. Hierzu wurde Götzen vorgeschlagen. Dagegen wurde aber von mehreren Kollegen der Antrag gestellt, einen Ausflug mit den Magdeburger Kollegen zu unternehmen. Da es noch Götzen zu weit ist und dies die dortigen Verhältnisse nicht erlauben, so wurde Wiedert als Ziel vorgeschlagen und angenommen.

**Chemnitz.** Am 30. Juni fand hier im Gasthaus Friedrichsstr. eine öffentliche Metallarbeiterversammlung mit folgender Tagesordnung statt: Die bevorstehende Bundeskonferenz der Metallarbeiter Sachsens. Diskussion. Wahl von Delegirten zu derselben. Zum 1. Punkt berichtete Kollege G. Niemann über die gegenwärtige Lage der Metallarbeiter hier. Er hob hervor, wie traurig dieselben beaght würden, wie unsicher die Arbeitszeit (oft nur bis zu 4 Stunden täglich), wie die Behrlingshärte an der Tagesordnung sei, und es seien gerade die Koryphäen der Antifemalen, welche in dieser Beziehung das Möglichste leisteten. Weiter gedachte derselbe der fortgesetzten Maßregelungen und Schereereien seitens der Polizeibehörden, welche jetzt selbst die Einreichung der Wirtshausbesitzer verlange. Aus diesem letzteren Grunde allein schon sei es dringend notwendig, die Bundeskonferenz zu beschicken, um mit den Kollegen Stellung hierzu zu nehmen. Das Zentralisationskomitee habe seine Pflicht und Schuldigkeit nach bestem Können getan und seien speziell auch im dunkelsten Winkel Sachsens, dem obersten Erzgebirge, Erfolge zu verzeichnen gewesen, indem eine ansehnliche Zahl von Kollegen sich dem D. M. V. angeschlossen habe. In der hierauf folgenden Diskussion wünschte Kollege Franke, daß auf der Bundeskonferenz auch die Frage des 1. Mai zur Sprache gebracht werde, die Metallarbeiter müßten hierzu entschieden Stellung nehmen und sich durch eb. Maßregelung nicht davon abhalten lassen, den 1. Mai zu feiern. Von verschiedenen Seiten wurde gerade bezüglich der letzteren Ausführung betont, daß wir noch lange nicht so weit wären, um es auf einen eb. Streik ankommen zu lassen. Kollege Jungmittag erklärte, daß angeht die gegenwärtigen politischen Maßnahmen die Formier nicht abgeneigt seien, die Konferenz zu beschicken und wolle er das Weitere einleiten. Nachdem die Beschlüsse der Konferenz durch die Versammlung beschlossen, sowie die Zusage gegeben, die Frage des 1. Mai, sowie „Organisation und Agitation“ auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen, wurden die Kollegen G. Niemann, Juchaczewski und Diribe (letzterer für die Feilenhauer) als Delegirte

gewählt. Nach einem dreifachen Hoch auf das Gelingen des D. M. V. und thätigstes Wirken für denselben wird die Versammlung geschlossen.

Gassel. Die hiesige Zahlstelle des D. M. V. hielt am 30. Juni ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: Abrechnung pro 2. Quartal 1904, Wahl eines Kassiers, Wahl von Zeitungs-Kommissionen, Mitglieder. Wahl von Kommissionsmitgliedern zu den Gartenfesten des Gewerkschafts-Kartells, Wahl eines Vertrauensmannes zum Gewerkschafts-Kartell. Die Arbeitsordnung der Firma S. U. Brandt jun. Abhaltung einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung in Niebühren. Die Abrechnung ergibt: Einnahmen: 1414 Beiträge à 15 = M 212,10, Delegiertensteuer à 10 = M 10,80, Nebenerfordernisse à 15 = M 16,50, Zuschuß von der Hauptkasse M 100, Beitragsgeld à 30 = M 18,80, Restbestand vom 1. Quartal M 128,14, Summa M 485,84. Ausgaben: Reiseunterstützung M 461,12, für Sozialausgaben M 70,70, Summa M 531,82. Es hat sich somit in diesem Quartal ein Defizit von M 45,98 ergeben. Es läßt sich aber dieses Defizit sehr leicht decken, wenn man den großen Posten der gezahlten Reiseunterstützung beachtet. Deshalb stellen wir an unsere Mitglieder das bringende Ersuchen, recht fleißig ihre Beiträge zu entrichten, damit alle Ausgaben am Orte beglichen werden können und die Hauptkasse nicht so oft um Zuschüsse angegangen werden muß. Zu Punkt 2 theilt Kollege Schneemann die Gründe mit, weshalb er geneigt sei, den Kassierposten niederzulegen und wird hierauf Kollege Grottelmann einstimmig gewählt. In die Zeitungskommission werden gewählt: die Kollegen Bachhaus, Giebel und Wager. Zu den Gartenfesten des Kartells werden gewählt: Giffelmann, Giebel, Geuner, Müller und Weibold. Punkt 5 führt nach Darlegung der Gründe, warum der jetzige Vertrauensmann Kollege Krug sein Amt niederlegen will, zu einer größeren Debatte, in welcher eine Resolution dahingehend angenommen wird, vorläufig von der Wahl eines Vertrauensmannes Abstand zu nehmen. Die Verlesung der Arbeitsordnung der Installationsfirma J. A. Brandt jun. führt ebenfalls zu längerer Debatte, da diese Firma mit einem Male die Arbeitszeit verlängern und die bisher bestehende Stundenlohnfrist aufheben will, ohne diese Arbeitsordnung vorher einem Arbeiter-Ausschuß vorgelegt zu haben, was ein Verstoß gegen die Gewerbeordnung bedeutet. Es sind überhaupt die einzelnen Paragraphen sehr kritisch abgefaßt, unter anderem der eine: „Die Arbeiter haben sich bei ihrer Arbeit so anzustellen, daß bei einem etwa vorzunehmenden Schaden eines Rohzes zc. kein Unfall vorzukommen kann“ — welcher Paragraph allgemeine Forderungen hervorruft. Es wurde hierauf beschlossen, daß zwei Kollegen bei der Firma auf öffentlichem Wege vorstellig werden, ob eine Werkstätten-Versammlung einzuberufen sei und das Ergebnis derselben hierauf beim Vorstände unterbreitet wird, damit dieser dann die nötigen Schritte einleiten kann.

Brandenburg. Unsere öffentliche Metallarbeiter-Versammlung vom 26. Juni wurde schon während des Vortrages des Genossen Wehler über: „Die Arbeiterkraft und ihre Feinde“ aufgelöst, und so blieb uns, um das Gewerkschaftliche zu erlebigen, nichts anderes übrig, als eine andere öffentliche Versammlung einzuberufen. Dieselbe fand am 8. Juli in Beckers Restaurant statt und war sehr stark besucht. Die Tagesordnung lautete: 1) Die Landeskonferenz der Metallarbeiter Sachsen und Wahl eines Delegierten. 2) Wahl dreier Revisoren. 3) Die Arbeiterkraft und ihre Feinde. 4) Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkt wurde Zweck und Bedeutung der Landeskonferenz für Sachsen dargestellt und die Beschlüsse durch einen Delegierten verlesen. Als Delegierter wurde Kollege Marx einstimmig gewählt. Zwei Anträge waren eingegangen: 1) Das System der Bezirksklassen ist aufzuheben, die Agitationskomitees haben sich wegen der zur Agitation nötigen Gelder an den Hauptvorstand zu wenden. 2) Die sächsische Landeskonferenz solle beschließen, daß künftig die Landeskonferenzen alle 2 Jahre abgehalten werden. Der erste Antrag wurde gegen eine Stimme, der zweite einstimmig angenommen. Ein dritter Antrag: geeignete Redner in die Versammlungen der Formier- und Schmiede zu schicken, um dieselben aufzufordern, dem Metallarbeiter-Bund beizutreten, wurde, nachdem ihm widersprochen worden, zurückgezogen. Bei Punkt 2 der Tagesordnung wurden 3 Kollegen zu Revisoren gewählt, um die Quartalsabrechnung zu prüfen. Zum dritten Punkt hatte Genosse Landtag Abgeordneter Zaden das Referat übernommen. Derselbe gab in einem 14-stündigen Vortrage, welcher durch treffende Beispiele und Vergleiche gewürzt wurde, einen kurzen historischen Rückblick über die Entstehung der verschiedenen Gewerkschaften und des Kapitals. Dann ging Redner

auf die heutigen Zustände über und legte unter anderem dar, wie der Kapitalismus in Verbindung mit Staat und Behörden der größte Feind der Arbeiterklasse sei, und daß der deutsche und italienische Sozialismus die brutalsten Gegner der Arbeiter angesehen werden können. Weiter beleuchtete Redner mit treffenden Worten die Maßnahmen der Unternehmer und Behörden in Betreff der Streiks, der Boykotts, der Massaker, der Ausschläge und Flugblätterverbreitung. Er geißelte die schwarzen Listen der Unternehmer, sowie die Bestrebungen einzelner Personen, welche den Mittelstand vor dem sozialdemokratischen Boykott retten wollen. Er führte unter anderem an, daß sich kein Hofrat zum Geldmehln anwerfe, wenn sozialdemokratische Geschäftsleute von Militär- oder anderen Behörden boykottiert werden, denn das finden diese Leute in der Ordnung. Auch beschrieb Redner die jetzt wieder in Mode gekommenen Aktenstücke und bezeichnete dieselben als zur Aufrechterhaltung des gesunkenen Nimbus einzelner Personen gemacht. Die Urtheile im Massakerprozeß wurden einer scharfen aber treffenden Kritik unterzogen. Weiter befaßte während und nach dem Vortrag lobte dem Redner. An der Debatte betheiligten sich die Kollegen Reichardt und Schulze, welche die Kollegen aufforderten, durch eine strenge Organisation diesen Feinden die Stirne zu bieten. Besonders wies er auf die Brutalitäten der Metallindustriellen hin. Auch wurde dargelegt, daß trotz der Maßnahmen unserer besten und fleißigsten Mitglieder die Organisation noch zusehends erstarke, indem gerade die fleißigsten Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz mit den ersten Rang in Bezug auf Stärke unter den deutschen Städten einnehmen. Im vierten Punkt, Gewerkschaftliches, wurde ein Antrag Reichardt's: in Redebeil eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung einzuberufen, angenommen, und die weitere Bekanntmachung dem Vertrauensmann überlassen. Auch wurden die Kollegen aufgefordert, sich daran zu betheiligen. Ein Kollege vernichtete die Berichte über unsere Versammlungen und wünschte, daß dieselben eingesandt würden. Kollege Schulze warnte dann noch alle davor, sich von Unbekannten zu Meinungen provozieren zu lassen. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden, in welcher derselbe die Kollegen aufforderte, für unsere Organisation zu wirken und dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen, sowie nach einer Mahnung an die Frauen, in die Organisation einzutreten und mit den Männern um Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen, wurde die Versammlung geschlossen.

Sachsen. Am 30. Juni tagte die halbjährliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Sächsischer-Schmelze. Nach Aufnahme von 4 Mitgliedern erstattete der Bevollmächtigte Bericht über das vergangene Halbjahr. Es haben in dieser Zeit 10 Versammlungen stattgefunden, 2 mußten vertagt werden, weil der Besuch nur aus 4 Mitgliedern bestand. Der Vorstand hatte die Hoffnung schon abgegeben, die Verwaltungsstelle hochzuhalten, es wurde aber noch mehr beschlossen, kräftig zu agitieren und hat sich sodann nach kräftigem Streben der Mitglieder die Sache doch etwas gebessert. Wir hatten im Vorjahre 57 Mitglieder und am Anfang dieses Jahres 15; es ist dies auf das Verhalten des früheren Vorsitzenden zurückzuführen, der den Mitgliedern mit schlechtem Beispiel vorgegangen ist. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar d. Jz., wie bemerkt 15, eingetreten sind im März 9, im April 2, im Mai 3, im Juni 4, zugereist 17, Summa 50. Davon mußten gestrichen werden 5, ausgetreten sind 2, abgereist 9, die jetzige Mitgliederzahl beträgt 34. Die Verwaltung wurde nach erfolgter Diskussion mit Ausnahme des 2. Revisors einstimmig wiedergewählt. Derselbe nahm die Wahl dankend an und erklärte, nach besten Kräften weiter zu agitieren, gab aber auch kund, daß dies nicht bios Pflicht der Verwaltung wäre, sondern ein jedes Mitglied sich's bringend am Herzen gelegen sein lassen müßte, für den Verband zu wirken, was von der Versammlung beifällig aufgenommen wurde. Der Antrag auf Nachbestellung der Flugblätter kam zur lebhaften Diskussion, worin nachgewiesen wurde, daß wir hier am Orte hauptsächlich nur durch Flugblätter agitieren könnten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Hagen i. W. Wir sehen uns genöthigt, die Spalten unseres Organs wieder zu denüchtern, damit unsere Kollegen nicht denken, wir seien nicht mehr am Leben. Am 23. Juni hielten wir unsere Mitgliederversammlung ab, die von 20 Mitgliedern besucht war. Als Revisoren wurden die Kollegen Goppert und Apel gewählt. Bei „Verschiedenes“ wurde von den Gewerkschaftsdelegierten Dreßler und Maack Bericht über die letzte Sitzung des Gewerkschaftskartells erstattet und wurde von denselben noch einmal das Herbergsweien zur Sprache gebracht. Nach einer endlosen Debatte wurde beschlossen, sich der Generalherberge der vereinigten Gewerkschaften anzuschließen. Da bislang von den Zuständen

der verschiedenen Fabriken und Werkstätten in Hagen nichts bekannt gegeben ist, so könnten die auswärtigen Kollegen zu der Ansicht kommen, wir lebten hier in Paradiese, was aber nicht der Fall ist. In der Werkstätte des Kleinwerkmessers Hermann Pfänder arbeiteten kürzlich 2 Kollegen. Der eine von ihnen, ein noch etwas junger Mann, wurde nach 4-tägiger Arbeit wieder fortgeschickt und als derselbe einen Lohn verlangte, wurde er mit der Bemerkung abgefertigt: Behrungen zahle er (der humane Herr Pfänder) keinen Lohn. Viel besser erging es dem anderen Kollegen auch nicht. Derselbe war schon ein älterer Mann; als er nach einer Woche wieder fort ging, wurde demselben auch kein Lohn ausgehändigt. Er hatte sich zu Anfang 5 M. Vorschuß geben lassen und wurde mit der Aeußerung, das sei der Lohn, welchen er zu beanspruchen habe, abgefertigt. Die Arbeitszeit dauert in dieser Hude von Morgens 7 Uhr bis Abends 8 Uhr ohne jegliche Pause; wenn es gut ging, hatten die Arbeiter eine halbe Stunde Mittag. Darum wollen alle Kollegen die Hude dieses Ausbeuters meiden. Weiter rufen wir allen Hagener Metallarbeitern zu: Organisiert Euch, damit diese Zustände abgefaßt werden, denn nur durch Einigkeit kommen wir zum Ziel.

Mühlheim am Rhein. Die hiesige Zahlstelle des D. M. V. hielt am 25. Juni in der Restauration zur „Stadt Düren“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Der kritische Theil der Tagesordnung war Punkt 3: Regelung der Sozialfrage. Nachdem sich der größte Theil der Kollegen in der Diskussion für oben benanntes Sozial ausgesprochen hatte, wurde mit großer Majorität beschlossen, daß von heute an die Sitzungen der Filiale jeden Samstag, Abends halb 8 Uhr, im Lokale „Stadt Düren“, Danustraße 7, stattfinden sollen. An Euch, Kollegen, liegt es nun, daß Ihr die Versammlungen zahlreich besuchet, um uns unser neu erobertes Sozial zu erhalten, nicht daß wir so weiter tagen wie bisher; denn die Interesslosigkeit seitens mehrerer Vereinsmitglieder ist geradezu unerhörte. Bürgerlichen Gesangs-, Militär- und sonstigen Klubvereinen anzugehören, das finden sie ganz in der Ordnung, aber die Organisation etwas mehr zu frequentieren, dafür haben sie keine Zeit und kein Geld. Hinter dem Bierische in der Woche sitzen, als Werbanpolitikum das große Wort führen, wenn's d'rauf ankam, mit 'nem Thaler 'rumzuschweifen, — ja auswärtige Kollegen, es mag Euch das lächerlich erscheinen, ist aber trotzdem selber die laudere Wahrheit. Ich schließe wiederum mit dem Appell an die Verbandskollegen: thue Jeder seine Pflicht, agitiere und Sorge Jeder dafür, daß unsere Mitgliederzahl von Versammlung zu Versammlung stärker wird, dann werden wir auch diejenigen Schranken beiseite schieben können, die uns heute noch hindern im Wege stehen.

Gutlingen. Da die Arbeiter hier in letzter Zeit mit sehr traurigen Vorwommnissen zu kämpfen hatten, sah sich die hiesige Zahlstelle des D. M. V. veranlaßt, auf den 28. Juni eine öffentliche Versammlung in die Bierbrauerei von Louis Storz einzuberufen. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Verlängerung der Arbeitszeit und ihre Folgen. 2. Die Lage der hiesigen Metallarbeiter und Stellungnahme zu derselben. Der Referent, Kollege Schlichte, Sintergart, legte in seinem Vortrage klar, wie schädlich die lange Arbeitszeit sei und welche Folgen sie nach sich ziehe. Durch die 12-stündige Arbeitszeit hätten sich die Löhne der Arbeiter nicht verbessert, im Gegentheil, nach den hier gemachten Erhebungen im Vergleich zu der verlängerten Arbeitszeit sogar verschlechtert. Ein Beispiel, daß kürzere Arbeitszeit sowohl für den Arbeiter wie für den Arbeitgeber von Vortheil sei, habe Reichsflagabgeordneter Müller-Dortmund erbracht; derselbe hatte die Arbeitszeit in seiner Fabrik auf 8 Stunden verkürzt und machte die Erfahrung, daß die Arbeiter bei der 8-stündigen Arbeitszeit dasselbe leisteten als bei der 12-stündigen. Was die lange Arbeitszeit und schlechte Ernährung für Folgen nach sich ziehen, könne man am Besten aus den Statistiken unserer Gegner, i. B. aus der Statistik des Professor Koch zu Erfurt ersehen. Es sei darin festgestellt, daß von den Kindern der Fabrikarbeiter im Verhältnisse 6 Mal mehr sterben als bei den andern Klassen. Das Durchschnittsalter der Fabrikarbeiter stände überhaupt bedeutend zurück gegenüber den Arbeiterkollegen. Sogar die Landarbeiter erreichten ein viel höheres Alter. Die Einberufung der heutigen Versammlung war hauptsächlich durch ein Vorwommnis in der Fabrik von Jetter & Scheerer veranlaßt, das wieder einmal zur Genüge bewies, wie notwendig es ist, daß sich sämtliche Arbeiter organisieren, um solchen Uebelständen kräftig entgegenzutreten zu können. Wenn die Arbeiter genügend organisiert wären, würde es unumgänglich gewesen sein, die Arbeitszeit zu verlängern und Lohnreduktionen vorzunehmen. Doch hätte das die Arbeiter noch nicht so erregt, als die Aeußerungen, die Ingenieur S. gethan haben sollte: 50 M. pro Monat für den Arbeiter sei genügend, und einige Zeit später: er wolle die Arbeiter noch

so weit bringen, daß sie ihm das Brod aus der Hand fressen thäten. Er (der Referent) müsse den Arbeitern die größte Schuld selbst beimessen, denn wenn sie einig wären, hätten sie dem Ingenieur zurufen können: „Bis hierher und nicht weiter!“ An dem Tage, als diese Aeußerungen den Arbeitern zu Ohren gekommen wären, hätten sie wohl eingesehen, daß sie einzeln machtlos seien. Doch treffe sie selbst die Schuld, denn jeder Arbeiter habe seinen Vorgesetzten und Arbeitgeber, der ihm gebühre. Deshalb sollten sie sich organisieren, daß sie ihr Recht auf bessere Behandlung später kräftiger vertreten könnten. An den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhafteste Diskussion, in welcher die Zustände der Fabrik Jetter & Scheerer zum großen Theil geschildert wurden. Um 11 Uhr wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

**Zinngießer.**

Braunschweig. Mit Bedauern habe ich die Korrespondenz der Münchener Kollegen gelesen und ich kann nicht umhin, dieselben zu fragen, ob sie wirklich glauben, mit diesem Beschluß einen Fortschritt gemacht zu haben? Ich muß die Münchener Kollegen wahrhaftig bewundern, wenn dieselben glauben, sich durch eine feste Abgrenzung besser zu sehen. Das nenne ich nicht das Solidaritätsgefühl, sondern den Kasengestirp pflegen. Erstens einmal Reiseunterstützung: glauben denn die Münchener wirklich noch, man könne von den Zinngießergesellen leben? Das können höchstens Diebstahler glauben, welche weiter noch nichts als Mänschen gesehen haben. Uebrigens muß ich bemerken: hätten die Kollegen allerorts nach meinem Vorschlag gehandelt und entschieden keinem Kollegen das Geschenk gegeben, der nicht im Verbanne war, so ständen wir heute schon entschieden besser. Aber ich glaube, die meisten Kollegen fürchten sich schon, einen Fremden in der Hude darnach zu fragen, und das ist traurig genug. Ferner: Halten es die Münchener Kollegen wirklich für möglich, einen deutschen Zinngießer-Verband in's Leben zu rufen, wo die paar Hundert Kollegen einzeln über das ganze Land gerstreut sind? Wie denken sich denn die Münchener eine derartige Verwaltung? Und noch weiter: einen etwaigen Kampf? Glaubt Ihr denn, Ihr habt eine so große Macht, daß sich die ganzen einzeln verstreuten Kollegen nach Euren etwaigen Beschlüssen richten würden? Mit nichten! Gerade deshalb, weil wir so schwach vertreten sind, gebhren wir zum Metallarbeiter-Verband. Wir müssen mit diesem trachten, daß die übrigen Branchen ihre Lage verbessern, dadurch fällt die Verbesserung von selbst auf uns zurück, denn nirgends ist unsere Arbeitszeit länger oder kürzer, der Lohn höher oder niedriger als in den anderen Branchen. Darum auf, Kollegen, schließt Euch dem Verbanne an und helft den anderen Branchen, ihre Lage verbessern, dadurch verbessert sich die unsere mit. Von den Münchener Kollegen hoffe ich, daß sie sich, schon wegen Reiseunterstützung, Rechtschutz, Maßregelung u. s. w., wieder dem Verbanne anschließen, eventuell mit Errichtung einer Sektion der Zinngießer horgehen. Wieder mit dem Kasengestirp, hoch die Solidarität! M. Brode.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

- Bekanntmachung.**  
Am 9. Juli waren nachstehend bezeichnete, gelegentlich des Münchener Formierstreiks ausgegebene Sammellisten noch nicht eingelangt:
- Nr. 22—23 Speyrade
  - „ 30—31 Rue i. S.
  - „ 46—47 Bartenstein
  - „ 50—51 Bergedorf
  - „ 58—59 Bernburg
  - „ 60—61 Dieber h. Offenbach
  - „ 67—68 Bochum
  - „ 70—71 Braze a. W.
  - „ 91—92 Breslau (Klempner)
  - „ 98—94 Breslau (Zugführer)
  - „ 99—100 Brühl h. Elm a. Rh.
  - „ 116—120 Chemnitz
  - „ 128—124 Coburg
  - „ 127—128 Elm a. Rh.
  - „ 170—171 Ederndorf
  - „ 194—196 Essen a. Ruhr
  - „ 287—288 Geramühle
  - „ 289 Gera
  - „ 268 Götting
  - „ 278—274 Hagen i. W.
  - „ 275 Hagenow
  - „ 279—281 Halle a. S.
  - „ 298—297 Hamburg-Barmbeck
  - „ 328—329 Herford
  - „ 380 Hersfeld
  - „ 346—347 Höttershausen
  - „ 350—351 Iserlohn
  - „ 374—375 Kettlingen
  - „ 378—379 Künigsutter
  - „ 381—382 Käßlin
  - „ 388 Landsberg a. Sa.
  - „ 390 Landshut
  - „ 426—426 Subwitzhofen
  - „ 460—461 Warburg
  - „ 463—467 Wehra-Böze

- Nr. 480-481 Wilhelm a. Ruhr
- 483 Mülhhausen i. Thür.
- 497 Wilmchen (Spengler)
- 522-523 Neustadt a. Orla
- 524 Neuwied a. Rh.
- 578-577 Oberhausen
- 578-579 Oberndorf
- 651-654 Regensburg
- 684-685 Schleibitz
- 688-689 Schleswig
- 694-695 Schlinging-Doss
- 696-697 Gr.-Schönbau
- 712-713 Sebaldsbrück
- 722-723 Sommerfeld
- 724-725 Sorau
- 740-741 Striegau
- 757-758 Trier
- 759 Tübingen
- 771-772 Unterlochen
- 777-778 Wierßen
- 779-780 Wald, Rhinlnd.
- 787 Weinhelm i. Baden
- 781-782 Wandsbeck
- 812-818 Zell i. W.
- 818-819 Zug i. d. Schweiz
- 820-822 Zwickau
- 828-824 Arnstadt i. Thür.
- 825-827 Saalfeld
- 848-848 Gr.-Schönbau
- 875-880 Arnstadt i. Thür.

Wir ersuchen die betr. Ortsverwaltungen resp. Vertrauensmänner, die Listen umgehend an uns einzusenden.

Bis zum 9. Juli hatten trotz erfolgter schriftlicher Mahnung folgende Verwaltungen Stellen die Abrechnungen für das I. Quartal 1894 noch nicht eingeleitet:

- Altwasser i. Schl., Darmen, Wieder b. Offenbach a. Main, Brühl i. Rhln. a. Rh., Grefeld a. Rh., Grefelt, Greiz i. B., Haynau i. Schl., Kägerdorf b. Tschöe, Mülhheim a. d. Ruhr, Nedara, Neumarck i. Bglt., Nürnberg (Former), Renschelb, Rothweil, Sommerfeld, Schleibitz, Wald (Rhinlnd.), Wilhelmshagen b. Hamburg, Wismar, Wurzen, Zeulenroba, Zug i. d. Schweiz, Zwickau.

Folgende Mitgliedsbücher sind unglücklich und aufzuhalten:

- Nr. 7369 des Feilenhauers Wilhelm Flueß, geb. zu Gasser am 16. Januar 1861.
- 24864 des Schlossers Heinrich Meierhof, geb. zu Grefsteden am 9. Dez. 1837.
- 43081 des Schlossers Wilhelm Hense, geb. zu Neuwied a. Rh. am 1. Jan. 1870.
- 53918 des Klempners Philipp Sommer, geb. zu Steinbach, Bezirksamt Gomburg i. Pfalz, am 28. März 1856.

Das Mitglied, der Klempner Gustav Seiblich, geb. zu ? am ? ? ? Buch Nr. ? wird hiermit auf Antrag der Section der Spangler und der allgemeinen Verwaltungsschele in München auf Grund des § 3 Abs. 7a ausgeschlossen.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Verufe fern zu halten: **Nadelarbeiter von Aachen, Blaugießer von Dresden, Dreher von Leipzig-Plagwitz (Ewidersch), Former von Schw.-Gmünd (Gehr. Nitz & Schwaner), Nähmaschinenarbeiter von Alzenburg (Nähmaschinenfabrik von Wieselmann), Hirt, Instrumentenmacher von Eutlingen (Jetter & Scherer), Klempner von Dresden b. Dresden (Emaillirhütte Braune & Rech).**

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

**Cyrodor Werner, Stuttgart, Altkarstrasse 160, 1.**

zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postfach nicht zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionsmarken ist.

Mit kollegialem Gruß  
**Der Vorstand.**

**Abrechnung von der Hauptkassa pro Juni 1894.**

Einnahme. Kassenbestand Ende Mai: M 5896,90. Beitrittsgeld u. Beiträge: Offenbach a. M. 65,05. Mägeldorf P. Sch. 10. Nürnberg, Metallschläger 21,90. Fürtth 100. Harburg 100. Jirndorf 22,50. Hächst a. M. 80. Siegburg 74,25. Nabeberg 55. Wiesbaden 22. Solgern 80. Ehlingen, Feilenhauer 10. Leipzig-Ost 108. Chemnitz 150. Nürnberg, Roth- und Glodengießer 100. Nürnberg, Flaschner 70. Rathenow, Sekt. der Einschießer 18,40. Durlach 50,80. Derendorf 60. Osnabrück, Former 48. Bandau 15. Duisburg A. B. 10. Steintin 100. Sennep 27,45. Breslau 67,50. Mannheim, Spengler 24. Tschöe 20,90. Brafe a. W. 6. München, Schlofer 105,46. Chemnitz 200. Fürtth, Schläger 90,45. Neustadt a. Orla 30. München, Former 121,85. Hannover, Klempner 40. Hamburg, Feilenhauer 18. Wittweida 60. Apertaba 4,60. Nürnberg,

Schlösser 200. Chemnitz 200. Bitten b. S. 160. Breg 20. Prenglau 50. Glauchau 30. Schmilka-Doss 54,30. Magdeburg-Sudenburg 55,98. Bromberg 12,57. Leipzig-Süd 88,80. Greiz i. Bglt. 84,50. Bodenheim 94,42. Wombach G. D. 21. Finsterwalde 20. Eßben 33,70. Weinhelm 47,50. Gellenburg 62,85. Burg b. Magdebg. 70,80. Wilhelmshaven-Bant 95,40. Offenbach a. M. 100. Frankenthal 100. Leipzig-Ost 100. Mannheim 100. Aue i. S. 120. Dresden-N. 150. Heidenheim 8,70. Almdach 80. Schwabach 87,90. Trier 19,50. Böhmed 22,50. Glogau 21,75. Dresden-N. 99,10. Flensburg, Klempner 37,45. Einzelmitglieder der Hauptkassa 67,91. — Eingelassene Gelder ohne Angabe wo für: Meuselwitz 50. Altona, Schmie 40. — Delegirtenmarken a 25 J: Bernburg 2,50. Einzelmitglieder der Hauptkassa 1,50. — Delegirtenmarken a 10 J: Offenbach a. M. 13,80. Nürnberg, Metallschläger 1. Jirndorf 0,80. Siegburg 10,50. Nabeberg 2. Wiesbaden 6. Chemnitz 20. Nürnberg, Flaschner 15,30. Rathenow, Sekt. d. Einschießer 4,60. Durlach 2,10. Osnabrück, Former 1,10. Bandau 4. Sennep 1,80. Mannheim, Spengler 1,20. Tschöe 3. München, Former 11,10. Hamburg, Feilenhauer 1. Bromberg 1,10. Leipzig-Süd 2. Greiz i. Bglt. 5. Bodenheim 12,20. Finsterwalde 2. Eßben 1,60. Weinhelm 0,80. Gellenburg 2,20. Burg b. Magd. 3,20. Wilhelmshaven-Bant 13,20. Heidenheim 2,80. Almdach 4. Schwabach 3,60. Trier 0,20. Böhmed 1,80. Glogau 1,90. Dresden-N. 6,80. Flensburg, Klempner 5,50. Einzelmitglieder der Hauptkassa 57,20. — Meisterbesoldungsmarken a 15 J: Offenbach 21,15. Nürnberg, Metallschläger 1,50. Jirndorf 0,15. Siegburg 13,95. Nabeberg 3. Wiesbaden 12. Chemnitz 30. Durlach 2,10. Osnabrück, Former 0,90. Bandau 6. Sennep 2,25. Mannheim, Spengler 2,10. Tschöe 5,10. München, Former 17,55. Hamburg, Feilenhauer 1,50. Wittweida 5. Magdeburg-Sudenburg 9,50. Bromberg 1,20. Leipzig-Süd 8,50. Greiz i. Bglt. 7,50. Bodenheim 17,40. Finsterwalde 3. Eßben 1,80. Weinhelm 0,80. Gellenburg 2,25. Burg b. Magd. 6. Wilhelmshaven-Bant 24,60. Heidenheim 4,05. Almdach 6. Schwabach 3,60. Trier 0,30. Böhmed 2,40. Glogau 2,40. Dresden-N. 8,85. Flensburg, Klempner 7,05. Einzelmitglieder der Hauptkassa 81,45. — Extramarken: Siegburg 1,80. — Ersatzbücher: Trierberg 0,40. Schwabach 0,20. Einzelmitgl. der Hauptkassa 0,20. — Sonstige Einnahmen: M. M. Sulzbach zurückgezählte Unterstützung nach § 2c 5. Nürnberg, Schlofer, gesammelt für den Klempnerstreik 124,87. F. Berlin, zurückbezahltes Porto 0,30. Osnabrück, Former, überwiehener Ueberzuschuß vom Vergütigen 11,80. Bezahltes Porto von Einzelmitgliedern der Hauptkassa 64,49. Für Notizbücher lt. Buch 16. Für Protokolle der I. ord. Generalversammlung 4,40. Auf die für den Nürnberger Formerstreik ausgegebenen Sammellisten 58,30. Sa. M 11,828,08.

Ausgabe: Metallarb.-Zeitung M 1200. Druckarbeiten 809. Buchbinderarbeiten 123,30. Rauchsulfurmittel 32,90. Gehalt der Bureaubeamten 450. Hilfsarbeiter 240. Entschädigung der unbesoldeten Vorstandsmitglieder 35,15. An die Revisionskommission 45. Bureauleihe nebst Bedienung 30. Streikunterstützung nach Frankfurt a. M. 500. Streikunterstützung nach Leipzig 500. Streikunterstützung nach Kachen 200. Rechtschutz 150. Agitation 137,60. Für einen feuerfesten Kassenschrank 517,50. Materialausgaben 47,65. Sachliche Ausgaben 21,58. Gratifikation an die Briefträger 6. Porto laut Buch 128,77. — Zusätze an die Zahlstellen: Magdeburg 150. München, Spengler 200. Worms 60. Lütlingen 50. Darmstadt 30. Mainz 200. Bosen 40. Regensburg 50. Solingen 30. Eßln a. Rh. 100. Heilberg 60. Bremen 100. Schweinfurt 20. Würzburg 80. Osnabrück 100. Nordhausen 50. Wiersleben 50. Landshtut 80. Ansbach 50. Hildesheim 50. Fulda 50. Rempten 100. Bayreuth 100. Bamberg 80. Constanz 40. Uelzen 100. Hof 80. Freiburg i. Br. 50. Halle a. S. 100. Oberndorf 25. Augsburg 100. Pachtim 25. Dortmund 180. Mainz 21. Constanz 50. Heilbronn 50. Sa. M 7776,45. Bilanz: M 11 828,08. Ausgabe 7 776,45. Kassendestand M 8 552,63.

**Eingegangene Gelder auf Sammellisten für die streikenden Former zu Nürnberg.**

Auf Liste Nr. 249-250 von Schwäbisch-Gmünd durch P. Sch. M 13,60. B. S. Bandau Nr. 250. S. H. Läger 385. Bandau 435-438 Magdeburg D. B. 17,95. 492 bis 495 München, Schlofer, P. L. Restbetrag 0,65. 619-620 Posen, J. S. 4,05. Summa M 58,30.

Eingegangene Gelder für die ausgegebenen Marken der Generalkommission: Glogau a. M. M 1,20. Wernburg 0,70. Dinklage 2,50. Sa. M 4,40.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).**

Das neue Statut tritt am 1. August er. in Kraft und darf von diesem Tage an nur nach den neuen Bestimmungen gehandelt werden. Die Versendung hat bereits begonnen und werden die Druckverwaltungen, welchen etwa bis zum 25. Juli die Sendung nicht zugegangen ist, aufgefördert, schleunigst bei der Hauptverwaltung zu reklamiren. Jedes Mitglied erhält unentgeltlich ein neues Statut.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Protokolle über die letzte Generalversammlung nur auf Bestellung verschickt werden. Der Preis beträgt 20 J per Exemplar. Leider haben sich einige Druckfehler in das Protokoll eingeschlichen, welche hiermit berichtigt werden. Auf Seite 59, 24. Zeile von oben, muß es statt „des Ausschusses“ heißen: „der Revisionskommission“; auf Seite 68, Zeile 17 von oben statt „24.“ „23. Wahlabtheilung“; auf Seite 76, Zeile 13, statt „Bergebor“ „Bergdorf“.

Von den Filialen Georgsmünd, Herford und Wülfringen sehen noch die Abrechnungen für März-April aus und werden dieselben hiermit angefordert, diese Abrechnungen mit denen für Mai-Juni nunmehr schleunigst einzusenden.

Sterbegebühren werden fernerhin nur dann noch von uns angestellt, wenn bei Einlieferung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde auch zugleich die Todesursache angegeben ist. Diese Maßregel macht sich notwendig mit Rücksicht auf die rechtliche Reklamation, wenn der Tod Folge eines Betriebsunfalles ist. Letzteres muß also ganz besonders angegeben werden.

Schließlich machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß jetzt die Adresse der Hauptverwaltung lautet: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29), Hamburg, Hohe Weidchen 84. Hamburg, 7. Juli 1894. Mit Gruß Der Vorstand.“

**Ausgeschlossene Mitglieder, deren Aufenthalt nicht zu ermitteln:**  
Hpt.-Nr. 27848 Lorenz Zusal.  
182 Carl Schramm.  
**Der Vorstand.**

**Wilhelmshaven.** Am 26. April hielt unsere hiesige Filiale ihre Generalversammlung ab. Die Tagesordnung war folgende: Neuwahl des Vorstandes und Verschiedenes. Der Kassier verlas einen kurzen Bericht über den Stand unserer Filiale. Am 15. Januar 1893 übernahm selber die Kasse vom früheren Kassier mit einer Mitgliederzahl von 142, beigetreten sind bis dato 105, zugereist 6, freiwillig ausgeschieden 4, ausgeschlossen wegen rückständiger Beiträge 4, gestorben sind 3, abgereist 4, bleibt mithin eine Mitgliederzahl von 286. An die Hauptkassa wurden im Jahre 1893 M 650, 1894 bis zur letzten Abrechnung M 700 gesandt. Ein Zuschuß aus der Hauptkassa war hier nicht erforderlich. Dieser kurze Bericht ergab, daß unsere Filiale sehr lebensfähig und in stetem Wachsen begriffen ist. Es wurde dem Kassier die Abliche Decharge erteilt. Der Bevollmächtigte verlas noch den Bericht von der Generalversammlung in Aschaffenburg aus der Nr. 21 unseres Publikationsorgans und wurde hierdurch den Anwesenden klar, wie die hauptsächlichsten Verwendungen an der Kasse vorgenommen werden sollen. Aus der Wahl gingen hervor: Schmepe als Bevollmächtigter, Bedemeyer als Kassier, W. Sack als erster Revisor und Schriftführer, Schumann als zweiter und Behrens als dritter Revisor. Unter „Verschiedenes“ entspann sich eine lebhafte Debatte über das Unterlassen der Umweidungen bei Umzügen und gingen die Meinungen hierüber sehr auseinander. Durch folgenden Antrag verspricht sich die Versammlung inhaltkräftige Abhilfe und wurde derselbe gegen eine Stimme angenommen: „Fortan solle der Bevollmächtigte keinen Krankenschein ausstellen, wenn die Wohnung nicht mit seiner Angabe im Wuche stimmt und der Kassier darf nicht eher Krankengeld auszahlen bis dieses geregelt worden ist. Unser Vereinslokal befindet sich jetzt bei Herrn Zank, Ecke der Grenz- und Schulstraße in Neubremen. Da dieses nun im Oldenburgischen Gebiete liegt, so wurde der Bevollmächtigte ersucht, den Sitz unserer Kasse anzumelden.“

**A u f r u f an die Metallarbeiter des Herzogthums Braunschweig und der angrenzenden Städte.**

Kollegen. Die unterzeichnete Kommission theilt Euch mit, daß in allerhöchster Zeit auf vielseitigen Wunsch eine Konferenz der Metallarbeiter des Herzogthums Braunschweig und der angrenzenden Städte stattfinden wird. Hauptzweck der Konferenz ist, darüber schlußig zu werden, wie und auf

welche Weise am besten eine kräftige Agitation in Fluss zu bringen ist, um ein besseres Leben in unsere Metallarbeiterbewegung zu bringen. Kollegen, an Euch ist es nun, dahin zu arbeiten, daß die Konferenz so beschickt wird, daß dieselbe auch im Stande ist, etwas Ersprießliches zu leisten. Ort und Zeit wird in nächster Nummer bekannt gegeben werden. Die Tagesordnung wird voraussichtlich lauten:

1. Konstituierung.
2. Agitation.
3. Eventuelle Festsetzung des Sitzes eines Central-Agitationskomitees resp. Wahl eines Vertrauensmannes.
4. Berathung etwaiger sonstiger Anträge der Kollegen.

Alle Anfragen, Zuschriften oder Anträge bitten wir an Unterzeichneten richten zu wollen; von hiesigen sind auch Mandats-Formulare zu beziehen.  
Und nun Kollegen, frisch auf an's Werk!  
Mit kollegialem Gruß und Hochachtung  
Die Agitations-Kommission.  
J. A.: M. Brocke,  
Braunschweig, Auguststraße 16.

**Konferenz der sächs. Metallarbeiter in Wurzen.**

Den Delegirten zur Nachricht, daß die Konferenz am Sonntag, den 22. Juli, Vormittags 10 Uhr, eröffnet wird.  
Die Verhandlungen finden im Gasthaus „Stadt Wien“ statt.  
Die Gassen werden gebeten, möglichst schon Sonnabend mit den Abendzügen in Wurzen einzutreffen.  
Das Lokalkomitee ist an welchen Schloffen (Unter Bruffseite) zu erkunden.  
Etwaige Anfragen nach Wurzen sind an den hiesigen Vertrauensmann Genosse Robert Müller, Jägerstr. 61, zu richten.  
Carl Rieman,  
Chemnitz, Stitzstr. 1.  
NB. Die sächsischen Arbeiterblätter werden höflich um Abdruck gebeten!

**Vermischtes.**

**Das Zeitarbeiter des Pumpen und der Hervorheft.** Das preussische Oberverwaltungsgericht sieht auch herabse Leute als berechtigt an, den Schanz der Polizei gegen gesundheitsgefährliches Geräusch in Anspruch nehmen zu können. Dem Fabrikanten H. in Düsseldorf war von der Polizeiverwaltung zu Düsseldorf die Genehmigung zur Errichtung einer Schloßerei und Schmelzwerkstatt verweigert worden. Inzwischen auch der Bezirksausschuß entschied zu Ungunsten des Fabrikanten und machte geltend, die Errichtung einer Schloßerei und Schmelze sei in diesem Falle offenbar von gesundheitsgefährlichen Folgen für die Nachbarn begleitet. Gegen diese Entscheidung legte H. Berufung beim Oberverwaltungsgericht ein, welches einen Militärarzt um ein Gutachten ersuchte. Letzterer erklärte, die Verarbeitung von Metallen sei stets von großem Lärm begleitet; trotzdem aber erzeuge der Lärm, den eine Schmelze und Schloßerei verursacht, nicht geeignet, die Gesundheit von normalen Menschen zu schädigen; die Gesundheit von nervösen Nachbarn der Schmelze und Schloßerei würde indessen sehr wahrscheinlich durch den entstehenden Lärm in der Werkstatt geschädigt werden. Der III. Senat des Oberverwaltungsgerichts bekräftigte aber die Vorentscheidung und sprach der Polizei das Recht zu, gegen ein für die Anwohner gesundheitsgefährliches Geräusch in den Werkstätten einzuschreiten. Ihre rechtliche Stütze findet die angefochtene Verfügung nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts in § 10 L. 17 II. A. L. M., wonach es das Amt der Polizei ist, die nöthigen Anstalten zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern beschädligen bevorstehenden Gefahr zu treffen. Das Geräusch in einer Schmelze und Schloßerei ist nach Ansicht namhafter Aerzte für nervös reizbare Personen in hohem Grade belästigend und bis zur krankhaften Höhe aufregend und mithin gesundheitsgefährlich. Es ist auch nicht von Erheblichkeit, ob solche nervös reizbare Personen nachweislich gerade in der Nähe der zu erscheinenden Werkstatt wohnen; denn bei der weiten Verbreitung nervöser Zustände kann jeberzeit der Fall eintreten, daß sich unter den Anwohnern der Nachbarhäuser Personen finden, die an solchen Zuständen leiden. Bei Beschäftigung der nervösen Personen handelt es sich, daß sich nervöse Personen regelmäßig und beständig in fast allen Lebensaltern und Lebenslagen vorfinden, um den Schanz eines weit verbreiteten dauernden Zustandes und um

Abwehr einer Gefahr von den Mitgliedern des Publikums, bei dem dieser Zustand besteht.

Litterarisches.

Von der 'Neuen Zeit' (Stuttgart, J. G. W. Dietz Verlag) ist soeben das 40. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Vorgänge in Frankreich. — Mann und Weib. Von Dr. Hove W. Abank-Walther. (Schl.) — Auf nach Washington! Von G. A. Hoehn. — Briefe aus England. — Notizen: Wie soll auf den internationalen Arbeiterkongressen abgefaßt werden? Zur Weitzer- und Wagahundenfrage. — Feuilleton: Von unten nach oben. Eine Novelle von Karolin. Frei nach dem Russischen. Der Sozialdemokrat. Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Benth-Strasse 2). Zu beziehen durch alle Zeitungs-Spediteure. Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungs-Spediteure pro Quartal M 1,20, unter Kreuzband M 1,80, — Nr. 23 vom 5. Juli ist hauptsächlich den Auseinandersetzungen mit der anarchistischen Bewegung gewidmet und hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Sozialdemokratische Pressestimmen zum Lyoner Aitenat: Ausland, Inland. — Aus Holland. — Christlicher Anarchismus. — Parteinachrichten. — Mechanismus und Sozialismus IV. — Dr. Wille's Philosophie der Befreiung. — Gewerkschaftliches. — Litteratur. Der in seinem 19. Jahrgang vorliegende Neue Welt-Kalender für 1895, Preis 50 J (Hamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Vier & Co.), enthält u. a.: Kalenderium. — Postwesen zc. — Swizletts-Kalender. — Trächtigkeit- und Brüte-Kalender. — Statistisches. — Das Wachstum der deutschen Sozialdemokratie. — Rückbild. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — So oder Sol Von Heinz Werth (mit Illustrationen). — Der große englische Bergmannsstreik (mit Illustration). — Witz und Donner. Von Oswald Köhler (mit Illustrationen). — drei Tage in den Kuffenmatten von Kasatt. Von Wilhelm Bleiwech. — Die Jahreszeiten. Gedicht. — Befestigt, nicht aberwunden. Erzählung von Robert Schweißel (mit Illustrationen). — Vermontow. Mit Gedicht. — Das Erdinnere. Von Dr. S. Zug. — Die Erscheinungen auf der Sonne und ihre physische Beschaffenheit. Von Franz Gehmann. — Sommermorgen. Gedicht von Joh. Georges. — Neue Ausgrabungen in Pompeji (mit Illustration). — Die Wiedertäufer. Von Wilhelm Bloss. — Elektrisches Schmelzen. Von Dr. S. Zug. — Carl Wilhelm Lölle. (Mit Portrait). — Die See vom tiefen Keller. Eine Geschichte aus dem alten Hamburg (mit Illustrationen). — Epigramme. Von Goethe. — Fliegende Blätter. — Rebus, Rätselprüfung, Räthsel zc. — Fleckenvergiftungstabelle. — Hierzu vier Kupfer: Die Aehrenleserin. — Die Delegirten der Bergleute bei der Konferenz im Auswärtigen Amt in London. — Die Bergschützen. — Die Klatschschwestern. — Ein farbige Bild: Der Forscher an der Wand hört seine eigene Schand'. — Ein Wandkalender. — (Auch zu beziehen von J. G. W. Dietz in Stuttgart.)

Briefkasten.

Oberndorf. Der Ausschuß eines Mitgliedes kann nur vom Vorstande erfolgen. Daher ist es Pflicht, denselben rechtzeitig von Allen zu unterrichten, damit er die nötigen Bekanntmachungen erlassen kann. Eimsbüttel. Es ist einfach unmöglich, einer Versammlungseinladung einen so langen Aufpruch anzuhängen. Andere Orte würden nachfolgen.

Vereins-Anzeigen.

Jachen. Samstag, 21. Juli, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Vortrag von Witz, von Gülden über: Die Nadelindustrie und ihre Arbeiter in der heutigen Gesellschaft und in der sozialen Entwicklung. Verschiedenes. Jalen. Samstag, 14. Juli, Abds. punkt 8 Uhr, Versammlung im Lokal. Wichtige Tagesordnung. Altenburg. Sonnabend, den 14. Juli, Abds. 8 Uhr, im 'Waldschloßchen' zum Besten der freilebenden Winkelmanschen Arbeiterkongert unter gütiger Mitwirkung des hiesigen Arbeiter-Sängerbundes. Der Eintrittspreis beträgt 20 J und sind bei der Ortsverwaltung, sowie beim betr. Wirth Karten zu haben. Um rege Theilnehmung wird ersucht. Altenburg. Sonnabend, 21. Juli, im 'Gold. Löwen' Versammlung und Kassenabend. — Gleichzeitig erinnern wir die Kollegen, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, daran, ihren Pflichten nachzukommen, indem dieselben doch wissen müssen, daß

bei dem hier ausgebrochenen Streik auch Geld gebraucht wird. Aschersleben. Sonnabend, 21. Juli, Abds. halb 9 Uhr, im Schräber'schen Lokal, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlung der Beiträge. Besprechung über das Stiftungsfest. Vorlesung. Verschiedenes. Barmbed. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Dienstag, 17. Juli, Abds. 9 Uhr, bei Hildebrandt, Schützenhof 4, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Vortrag. Parteibericht. Bericht über die kombinierte Sitzung. Unser Sommerbergnügen. Abrechnung. Baymen. Samstag, 21. Juli, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal bei We. Giltmann, Steinweg und Sedanstr. — Gde. Tagesordnung im Lokal. Wegen Wichtigkeit derselben ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Bernburg. Sonnabend, 14. Juli, Abds. 8 Uhr, im Verkehrslokal, Steinstraße 4, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. L.O.: Beitragszahlung. Aufnahme neuer Mitglieder. Kassenabrechnung. Wie feiern wir unser Stiftungsfest? Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Mitgliederbücher sind mitzubringen. Braunschweig. (Sektion der Schlosser, Maschinenbauer u. verw. B.) Sonnabend, 14. Juli, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im 'Prinz Wilhelm', Schützenstraße. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung. Abrechnung vom 2. Quartal. Vortrag von Koll. Gdh über: Der Niedergang des Kleingewerbes. Innere Verbandsangelegenheiten. Bries. Sonntag, 15. Juli, Vorm. halb 10 Uhr, außerordentliche Generalversammlung im Vereinslokal, Mühlendam 4. Wegen wichtiger Besprechung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich. Bremerhaven. (Sektion d. Klempn. u. er.) Wegen der öffentlichen Volksversammlung mußte die auf den 7. Juli anberaumte Generalversammlung mit der Tagesordnung: Abrechnung ausfallen. Zu diesem Zweck findet die nächste Versammlung Sonnabend, den 21. Juli statt. Düsseldorf. Sonntag, 22. Juli, Vorm. 10 Uhr, Werkstattdeligiten-Versammlung im Lokal zur 'Neuen Welt'. — Jeden 1. und 3. Samstag im Monat, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im oberen Saale der 'Neuen Welt', Flingerstraße 87-89. Erfurt. Den reisenden, sowie auch den anderen Kollegen zur Nachricht, daß am 15. Juli im Gasthaus zum 'Deutschen Kaiser' eine Zentralherberge mit Arbeitsnachweis errichtet wird und ersuchen wir die Kollegen, nur auf dieser Herberge zu verkehren. Das Umgehen derselben geht den Verlust der Unterstüßung nach sich. Essen. (Sektion der Klempner.) Sonntag, 15. Juli, bei Wirth Felchner, Viehhofstraße, Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Finsterwalde. Sonnabend, 21. Juli, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im 'Gasthof zum Stern'. Tagesordnung im Lokal. — Bücher zur Revision mitbringen. Frankfurt a. M. (Sekt. d. Spengler.) Samstag, 14. Juli, Abds. halb 9 Uhr, im Nebstod, Kruggasse 41, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Aufnahme und Einzahlung. Vortrag des Genossen Schwalbach. Abrechnung vom 2. Quartal. Fragelasten. Verschiedenes. — Die reitirenden Mitglieder werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Glanhan. Sonnabend, 14. Juli, Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Gasthof 'Stadt Zwidau'. L.O.: Regelung der Verbandsangelegenheiten. Vortrag. Stellungnahme zur Metallarbeiter-Konferenz in Würzen. — Die Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen. Grotth. Montag, 23. Juli, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Hellmann, Langenstraße 48. Tagesordnung im Lokal. Halberstadt. Sonnabend, 14. Juli, bei Bollmann, Baakenstraße, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Diskussion. Wahl eines Delegirten. Verschiedenes. Halle a. S. Sonnabend, 14. Juli, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in Faulmann's Restaurant, Gartengasse. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Einzahlung der Beiträge. Wahl eines Bevollmächtigten. Beschlußfassung über einen Ausschuß. Verschiedenes. Hamburg. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 17. Juli, im 'Hammonia-Gesellschaftshaus', Hohe Weichen 30, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Hamburg-Eimsbüttel. Mittwoch, den 18. Juli, Abds. halb 9 Uhr, im Lokale des Herrn Schless, Eimsbütteler Chaussee, große öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. L.O.: Vortrag über: Das

beulige Strafrecht und die Strafrechtspflege. Warum unterliegen die Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe? Diskussion. — Kollegen und Kolleginnen! Besucht diese Versammlung zahlreich, agitiert fleißig für den Verband, damit unsere Organisation sich stärkt und wir eine bessere Organisation erringen können. Hamburg-Eimsbüttel. Sonnabend, 21. Juli, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Delfs, Vereins- und Belle-Alliancestraße. L.O.: Vortrag über: 'Moses oder Darwin?' Die schwebende Schul. Bericht vom Gewerkschaftskartell. Kassenbericht. Morgentour. Anträge aus der Versammlung. Hannover. (Sektion der Schmiede.) Dienstag, 17. Juli, Abds. halb 9 Uhr, bei Grembig, Langestraße 2, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Abrechnung vom 2. Quartal. Desgl. vom Vergnügen. Fragelasten. Nur Mitglieder werden wollen, haben Zutritt. Hildesheim. Sonnabend, 14. Juli, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Herrn Bohhausen, Heiligenstr. 22. Tagesordnung im Lokal. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Linden. Die nächste Mitglieder-Versammlung findet nicht am 16., sondern Montag, 23. Juli, Abds. halb 9 Uhr, im 'Holländer' statt. L.O.: Abrechnung. Vortrag. Diskussion. — Die folgenden Versammlungen finden dann je eine am 6. und 18. August und von da ab wieder regelmäßig alle 14 Tage statt. Finkenwalde. Sonnabend, 14. Juli, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag: 'Die historische Entwicklung des Kapitalismus'. Mkt. Reditz. Samstag, 14. Juli, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. — Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntag, den 15. Juli ein gemeinschaftlicher Ausflug nach Eger stattfindet. Abfahrt Früh 7 Uhr. — Den reisenden Kollegen zur Notiz, daß unsere Herberge bei Konrad Reichel, Bahnhofstraße, ist, und werden die Kollegen ersucht, nur dort zu verkehren. Neu-Isenburg. Sonntag, 15. Juli, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Abrechnung. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes. Nordhausen. Sonnabend, den 21. Juli, außerordentliche Mitglieder-Versammlung. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Besprechung eines Ausflugs ev. Langträngens. Bericht des Gewerkschaftsdelegirten. Herbergsfrage. Fragelasten. Nürnberg. (Sektion der Glasner.) Samstag, 21. Juli, Mitglieder-Versammlung im 'König von England', Dreitegasse. Vortrag von Herrn Buchhändler H. Henning. — Mitglieder, welche Bücher aus der Bibliothek in Händen haben, wollen dieselben bestimmt bis Samstag, den 14. Juli im Vereinslokal abgeben, widrigenfalls die Bücher gegen eine Gebühr von 20 J abgelöst werden. Nürnberg. (Sektion der Roth- und Glodengießer.) Samstag, 14. Juli, Mitglieder-Versammlung im Saale des Café Merl. Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. — Sonntag zum Metallarbeiterfest nach Wögeldorf. Obergries. Sonntag, 15. Juli, Vorm. 11-12 Uhr, beim Wirth Kochstämpfer, Zahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Sitzung der Festkommission. Plauen i. V. Sonnabend, 14. Juli, Versammlung im Vereinslokal. Radolfzell. Samstag, 21. Juli, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der Restauration Waber. Rathenow. (Sektion der Einschleifer.) Sonnabend, 21. Juli, Abends 8 Uhr, bei Grandle, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Um vollständiges Erscheinen wird ersucht. Rathenow. (Sektion der Brillen- u. Binc.-Arb.) Sonntag, 29. Juli, Abds. 8 Uhr, Versammlung bei Giltmann. L.O.: Beitragszahlung. Wie verhalten wir uns bei Lohnabzügen? Aufnahme neuer Mitglieder. Ratingen. Sonntag, 15. Juli, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Aufnahme. Zahlung der Beiträge. Abrechnung des Festkomitees. Vorlesung aus 'Leben und Wissenschaft' von Dodel (ll. Der Arbeiter). Fragen. Verschiedenes. Ravensburg. Samstag, den 14. Juli, Abds. 8 Uhr, Metallarbeiter-Versammlung im Schussenthal. Vortrag von Herrn Schless über: 'Die Wärme und ihre Verwendung in der Technik'. Reichenbach i. V. Sonnabend, 21. Juli, im 'Deutschen Haus', Karolinenstr., öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. — Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß wir regelmäßig alle 14 Tage in der 'Neuen Welt' tagen. Rostock. Sonnabend, 21. Juli, Abds. halb 9 Uhr, in der 'Brunnenhalle', Mitglieder-Versammlung. L.O.: Abrech-

nung über das 2. Quartal. Vortrag des Gen. Dietrich. — Außerdem machen wir alle Mitglieder auf unser am 1. August stattfindendes Stiftungsfest aufmerksam und ersuchen um zahlreiches Besuch derselben. Schmöln. Montag, 16. Juli, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Grells. L.O.: Bericht vom Gewerkschaftskartell. Verschiedenes. Stuttgart. (Aüg.) Samstag, 14. Juli, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei G. Weib. L.O.: Einzahlung. Aufnahme. Abrechnung vom 2. Quartal. Werkstattberausammlungsbericht. Vortrag von A. Junge. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen und ihren Verpflichtungen nachzukommen. Zwickau. Die Kollegen werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher schuss Kontrolle an die betreffenden Vertrauensleute abzuliefern. Auch werden dieselben ersucht, für den Verband zu agitieren und die Versammlungen besser zu besuchen.

Anzeigen.

Aufforderung. Der Schlosser Paul Krause, geb. 21. Oktober 1866 zu Hahnau, wird ersucht, umgehend seine Adresse an Unterzeichneten gelangen zu lassen wegen sehr wichtiger Angelegenheit. Diejenigen Ortsbeamten, welche den Aufenthalt Krause's kennen, wollen ihn darauf aufmerksam machen. W. Markus, Hahnau, Langestr. 167. Achtung. Das Mitglied Albert Buer, b. Bl. in Berlin, wolle seiner Verpflichtung gegen die Zahlstelle Ingolstadt nachkommen. Achtung. Die Kollegen Aug. Werle, Buch Nr. 22675, sowie Paul Schmalke, Buch Nr. 22492, werden aufgefordert, die aus unserer Bibliothek entlehnten Bücher umgehend nach hier einzusenden. Diejenigen Verwaltungsstellen, welche den Aufenthalt der betreffenden kennen, werden ersucht, uns die Adresse derselben mitzutheilen. Sektion der Schlosser u. Maschinenbauer Braunschweig. Die Genossen Wilhelm Wuchs von Berlin, Mitgliedsbuch Nr. 71215, Otto Seiwanger und Max Amberg, Schlosser von München, werden um Angabe ihrer Adresse ersucht. Ortsverw. Oberndorf u. N. Der Schmied Bischoff, welcher im Monat 38. in Hannover war, wird freundlichst ersucht, seine Adresse an Alb. Borchert, Hannover, Birkenstr. 1111, abzugeben. Die Mechaniker Karl Hermann Krang aus Dresden und Felix Kenter aus Grotth werden hiermit aufgefordert, die aus der Bibliothek entlehnten Bücher unverzüglich einzusenden. Feht. der Mechaniker zc. Nürnbergs. M. Haferkorn, St. Johannisstr. 47b. Der Former Georg Kleinigke, geb. am 28. Mai 1877 zu R. Mauden, Nr. 58521, möge sich zur Empfangnahme seines Buches beim Kassirer Paul Breiler in Bries melden. Der Schlosser August Bantert aus Spandau wird ersucht, seine Adresse wegen wichtiger Angelegenheit sofort an Unterzeichneten einzuliefern. Johann Wöfel, Siegburg, Wellengasse 1. Zwei Feilenhauer gesucht. D. Lang. Kalk bei Köln. Werkführer, 28 J. alt, verheir., sucht Umstände halber dauernde Stellung per 15. August in einer kleineren oder mittleren Masch.-Fabrik oder Reparatur-Werkst. Verf. ist mit allen vorf. Arb. vertraut, weiß mit jeder Maschine selbst Bescheid und würde event. noch mitarbeiten. Suchender ist technisch und kaufm. gebildet, war bisher in den größten Fabr. des In- und Auslandes thätig und besitzt 1a Zeugnisse. Gefl. Offerte u. La an die Expedition. Durch J. Scherm, Nürnberg, u. alle Buchhandlungen zu beziehen: Scherm's Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter. Mit einer Eisenbahnkarte und zwei Orientierungskarten. Ueber 2000 Reisetouren. Geb. in Ganzleinen M 1.50. In Partien billiger. Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Der heutige Nummer unserer Platte liegt ein Prospekt von M. Ernst in München betreffend den 'Sidd. Postillon' bei.